

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Uingelme Nummern 5 Pf. Postabonnement pro Quartal 4 Mark. (Eingetragen im VIII. Nachtrage der Postzeitungspreisliste unter Nr. 719a.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltene Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Das allgemeine Wahlrecht.

Sehr häufig wird gegenwärtig in den Blättern, namentlich in den deutsch-freimüthigen, darauf hingewiesen, daß das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, sowie wir es gegenwärtig für den Reichstag haben, bedroht sei und daß der Reichskanzler auf Abschaffung dieser von ihm angeführten politischen Institutionen, weil sie sich für seine Zwecke nicht bewährt habe, etwas dergleichen angedeutet.

Man hört so Manchen leichtsin sagen: Das allgemeine Wahlrecht kann nicht mehr abgeschafft werden. Und dieser Spießbürger geberdet sich hinter dem Weißbierphilistern, als ob er mit Hab und Gut für das allgemeine Wahlrecht einzustehen wolle.

Wir kennen das schon. Das allgemeine Wahlrecht ist allerdings abgeschafft worden, wenn die Regierung in dieser Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit findet. Wenn dies geschähe, so würde das Weißbierphilisternthum, das manchmal so laut schreit, eben sich auch schweigen wie immer.

Manchmal haben auch einzelne nationalliberale Blätter die Einschränkung des Wahlrechts empfohlen. Allein wenn man sich diese Angelegenheit näher ansieht, so wird man finden, daß es mit der Beschränkung des Wahlrechts keine gute Weile hat.

Die Regierung zunächst würde gar keine oder nur geringe Änderungen aus einer Einschränkung des Wahlrechts ziehen. Wie man das bestehende Wahlsystem auch ändern wollte, durch Einführung eines Zensus, der öffentlichen Stimmabgabe, einer Klassenwahl oder indirekten Wahl im Vortheil würde immer die große liberale Bourgeoisie davon tragen, die unabhängig ist und die Interessen der Regierung vertritt. Es ist fast immer so gewesen, daß bei beschränktem Wahlrecht sich die liberale Bourgeoisie schließlich die Mehrheit in den parlamentarischen Körperschaften erkämpft hat. Man denke nur daran, daß in der Reichsverfassung der sechszigjährige die oppositionelle Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses auf Grund desselben Dreiklassenwahlsystems gewählt war, das einst von dem Kaiser selbst in so scharfen Ausdrücken verurtheilt worden ist.

Wenn einerseits also die Regierung keineswegs aus der Beschränkung des Wahlrechts einen augenblicklichen Nutzen erhoffen kann — denn sie erklärt ja doch die liberale Bourgeoisie als den ihr am wenigsten sympathischen Theil der Nation — so hat auch die konservative Partei der Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts keineswegs das Wort gesprochen. Und doch nicht etwa aus Gleichgültigkeit. Denn

die Konservativen wissen recht gut, daß sie einen erheblichen, ja den überwiegenden Theil ihrer Anhängerschaft verlieren würden, wenn die Kleinbauern und der ihnen ob seines Mangels an politischer Bildung und Reife ergebene Theil des Landproletariats nicht mehr mitwählen könnten. Sie werden den Akt, auf dem sie stehen, schwerlich selbst abzugeben wollen. Daher das Schweigen der konservativen Presse gegenüber den nationalliberalen Heißspornen, die das Heil der Zukunft in einer Schmälerung des Wahlrechts erblicken.

Die Zentrumsparthei hat zunächst dasselbe Interesse daran, das allgemeine Wahlrecht aufrecht zu erhalten, wie die Konservativen. Die katholische Landbevölkerung ist, was man auch sagen möge, die Hauptstütze der ultramontanen Bewegung; ohne die katholischen Bauern von Oberbayern, Westfalen und den Landstrichen links des Rheins wäre die ultramontane Bewegung eben keine Macht. Dazu kommen die in den katholischen Jünglings- und Gesellenvereinen organisirten Arbeiter von denen, gleichwie von den Bauern, die ultramontanen Agitatoren jeden Hauch moderner Bildung, moderner Ideen sorgfältig abzuhalten bemüht sind. Mit einer Einschränkung des Wahlrechts wie es heute besteht, würde das Zentrum dieser seiner „großen Armee“ beraubt werden und seine parlamentarische Vertretung auf ein Minimum eingeschränkt sehen. Selbst wenn die Regierung dem Zentrum die vortheilhaftesten Angebote machen sollte — auf einen solchen politischen Selbstmord wird die Zentrumsparthei sich schwerlich einlassen.

Man sieht, das allgemeine Wahlrecht, wie es sich nun einmal in die politische Anschauung der Volksmassen eingelebt hat, beruht keineswegs auf dem angeblichen Widerspruch der fortschrittlichen Weißbierphilisten, sondern darauf, daß die sämtlichen Parteien ihre Organisation dem allgemeinen Wahlrecht angepaßt haben. Und so haben vielleicht mit Ausnahme der Nationalliberalen, die eine Regierungspartei um jeden Preis sein wollen, alle Parteien das dringendste Interesse daran, sich das allgemeine Wahlrecht so zu erhalten, wie es ist.

Man könnte einwenden, daß die ultramontane Partei auch im preussischen Abgeordnetenhause, das auf Grund des Dreiklassenwahlgesetzes gewählt ist, eine starke Fraktion hat. Aber sie hat diese Vertretung nur durch den Kulturkampf gewonnen und in dem Augenblick, wo die Ultramontanen der Regierung eine Einschränkung des Wahlrechts bewilligen würden, wäre auch der Kulturkampf definitiv zu Ende.

Es sieht also nicht so gefährlich aus mit der Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts, wie die Weißbierphilisten und die ihnen verwandte Presse sich geberden. Daß die Heidelberger Nationalliberalen, bei denen der vielbegehrte „Aufschwung“ ausblieb, die Schuld auf das Wahlsystem

schieden, ist erklärlich. Allein damit ist noch lange nicht gesagt, daß die nationalliberalen Bäume in den Himmel wachsen werden.

Bange machen gilt hier nicht!

Politische Uebersicht.

Die Einführung des Krankenversicherungszwanges
wird — so schreibt die „Hamb. Bürgerztg.“ — wie man hört, insofern viele Schwierigkeiten hervorzurufen, als zahlreiche Arbeitgeber sich weigern, vom 1. Dezember an solche Leute in Arbeit zu behalten, die der Gemeinde-Krankenversicherung oder den Ortsklassen (den sog. Zwangskassen) zugehörig werden würden, zu welchen Klassen die Arbeitgeber Beiträge zu leisten, bezogen auf die ihnen Angehörigen an- und abzumelden haben. Diese Arbeitgeber stellen dann das Verlangen, daß alle bei ihnen Beschäftigten Mitglieder freier Kassen sind und dies durch Bescheinigung nachweisen. Beweggrund für dieses Vorgehen scheint die große Belästigung zu sein, welche man durch das An- und Abmelden, sowie bei den sich wiederholenden Einzahlungen kleiner Beitragssummen haben würde, ferner die leichte Möglichkeit wegen irgendwelcher Versäumnisse in Strafe zu verfallen. Leider werden bei so bewandten Umständen Manche, denen es an der Gelegenheit fehlt, einer selbstständigen Kasse beizutreten, ihre Arbeit verlieren. — Unserer Ansicht nach wird aber auch vielfach umgekehrt der Fall eintreten, daß die Arbeitgeber um Unbequemlichkeiten zu vermeiden, ihre Arbeiter in Pausch und Bogen in die Ortsklassen aufnehmen lassen, obgleich ein Zwang zum Eintreten in dieselben für Mitglieder einer freien Kasse nicht existirt. Augenblicklich lassen sich die Konsequenzen des Krankenversicherungsgesetzes noch nicht klar übersehen, aber soweit wir bis jetzt blicken können, werden dieselben für die Arbeiter keineswegs günstig sein.

In der Afrikanischen Konferenz gelangte gestern ein Antrag des amerikanischen Bevollmächtigten Herrn Sanford, betreffend die Schifffahrt auf dem Kongo, und gestern Morgen ein Promemoria des englischen Vorkaufers Sir Malet bezüglich der Nigerschifffahrt zur Vertheilung. — Aus den Erklärungen Stanley's, die er in der Kommission über die merkwürdige Bedeutung des Kongogebietes machte, wird noch bekannt, daß nach seiner Annahme gegenwärtig zu Leopoldville am Stanley-See, der zukünftigen Hauptstadt des Kongostaates, etwa 3000 Elefanten-Zähne zur Ausfuhr zusammengebracht sind, von denen jeder einen Werth von 1000 Francs (800 Mark) habe.

Afrikanisches meldet folgendes Hamburger Privat-Telegramm: „Die Hamburger Firma Jansen und Thormählen, schon durch die Faktoreien in Kamerun hervorragend, errichtet eine Benu-Kompagnie und übernimmt die Leitung derselben unter praktischer Mitwirkung des Afrikanischen Hergel, des Erbschafters von Adamaua. Das Kapital beträgt eine halbe Million Mark.“ — Der Benu oder Binu ist ein großer süßlicher Nebenfluß des Niger und bildet eine Wasserstraße, die zum nördlichen Kongogebiet leitet. Der Binu, von

sein. Sie bemerkte nicht die Unruhe, die Hast, die Verlegenheit der Dienerschaft, sie vermehrte nicht den feierlichen Empfang. Theilnahmslos, wie gestorden für die Augenwelt, ließ sie sich die Stufen der Halle hinaufführen.

„Wo ist Miß Braddon?“

Das war das einzige, was sie sprach, während der hundert Entschuldigungen, welche die Dienerschaft vordrachte. Miß Braddon, in der Verzweiflung, mit welcher sie die Haube von sich geworfen und nach einer anderen gesucht hatte, war, als sie bemerkte, daß sie doch zu spät kommen würde, jetzt hinausgestürzt und erschien nunmehr ganz ohne Haube. Lady Davis bemerkte es nicht. Sie nahm den Arm ihrer Dienerin, und wankenden, matten Schrittes ging sie über den Korridor nach dem hinteren Flügel, wo Miß Braddon eine Thür öffnete, welche in die sogenannten kleinen Zimmer führte, dem Lieblingsaufenthalt der Herrin. Lady Davis sank hier sofort in eine Ottomane nieder. Sie war bis zum Tode erschöpft. Miß Braddon nahm ihr den Mantel von schwarzer Seide ab, und nun saß die bleiche Frau da das Haupt in die Hand gestützt, die Augen geschlossen, als ob sie einer Ohnmacht nahe sei.

„Ach,“ jammerte die Oberhofmeisterin. „Ich bitte tausendmal um Entschuldigung. Wir erwarteten Sie ja noch nicht, und ich . . . O, wenn ich gewußt hätte . . . Legen Sie es mir nur nicht als Respektwidrigkeit aus, daß ich ohne Haube bin . . . und in dem Hauskleid . . . und diese Schürze! — Wie Sie bleich aussehen! Sie haben sich wieder nicht erholt in Italien! Nein, die Luft dort bekommt Ihnen nicht! Sie sollten in unseren Bergen bleiben! O, Sie Aermste! Wie eingefallen die Wangen sind!“

So schwatzte sie fort, während sie ihre Herrin von dem Nest der Reisekleidung befreite. Sie hatte ihr auch den Hut abgenommen. Man sah jetzt, daß volles dunkles Haar das Haupt der Lady schmückte. Zusammengehalten ward es durch einen goldenen Pfeil. Ueber dem hoch hinaufgehenden Kleide von dunkler Seide hing auf der Brust ein goldenes Kreuz.

„Soll ich Ihnen ein Frühstück hier anrichten?“ fragte Miß Braddon. „O, Sie sind ja so erschöpft. Sie müß-

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dur.

(Fortsetzung.)

Felix schweig finnd einige Minuten. Schwermüthig schweifte sein Auge nach der Richtung, welcher Donuil liegen mußte.

„Die Gräfin Agathe!“ murmelte er vor sich. „Wahrlich fühle, daß sie mein Herz mit einem unwiderstehlichen Zauber gebannt hat.“

„Sie ist schön,“ sagte Mar. „Nicht ihre Schönheit fesselt mich; es ist etwas, von dem ich mir keine Rechenschaft geben kann; es ist ein magischer Gewalt, welche mich zu ihr hinzieht.“

„Die man im ersten Stadium Verliebtheit, im zweiten Verwunderung, im dritten Abneigung nennt.“

„Keineswegs! Es ist nicht der Eindruck ihrer außerordentlichen Reize, Mar, es ist auch nicht der Zauber ihres Wesens. Es ist das Geheimniß, das in der Tiefe dieses wunderbaren Herzens verborgen ruht, welches mich an sie fesselt.“

„So, so! Ich kenne das. Nun, ich mache Dir einen Vorschlag: Wir verschieben unsere Abreise noch auf acht oder zehn Tage, und Du machst noch einen Besuch auf dem Donuil. Vielleicht wird Dir dann das Geheimniß, welches Dich fesselt, klar, und Du wirst inne werden, daß es lediglich in die melancholische, blonde Gräfin verliebt ist.“

„Ich werde inzwischen einen Abseher in meine Heimlichkeit machen. Ich habe dort liebe Verwandte; und“ —

„Du er mit einem bedeutungsvollen Blicke hinzu — „vielleicht könnte ich Dir gewisse Nachrichten bringen . . .“

„Ja, ja, Mar, thue es!“ fiel O'Brian hastig ein. „Nachher von ihm!“

Er schaute tief und versank in düsteres Schweigen. So saßen die beiden Freunde neben einander her, ohne ein bestimmtes Ziel zu haben. Unwillkürlich schlug Felix die Augen auf, welche nach Badfield und von da weiter nach dem Donuil sahen. —

Ein Feuerlärm, welcher in Schloß Davis ausgebrochen wäre, hätte sich nicht schneller verbreiten können, bis in die äußersten Winkel des Schlosses, als die Nachricht: „Lady Davis ist da!“ Miß Braddon stieß einen Schrei aus. Mr. Harriers fuhr sich mit den Händen in die dünnen Haare. Die Dienerschaft rannte, ohne zu wissen wohin. Thüren wurden aufgerissen und zugeworfen. Man war in Verzweiflung, denn bis jetzt war nichts in Ordnung. Lady Davis kam vierzehn Tage früher, als man sie erwartet hatte. In aller Hast wurden die Teppiche auf die Treppe gelegt.

Mr. Harriers stürzte in seine Wohnung, um seinen Oberrod mit dem schwarzen Frack, sein Halstuch mit einer weißen Binde zu vertauschen.

Die weiße Haube der Miß Braddon schien ihr nicht weiß genug. Sie warf dieselbe ab, und suchte vergeblich eine andere; sie riß alle Kleider aus dem Kasten, um sich in das für den Empfang schickliche Kostüm zu kleiden, und inzwischen eilte sie wieder hinaus, um noch Befehle zu ertheilen, die ihr unerschreibbar schienen; und vor lauter Hast und Ueberstürzung fand weder Mr. Harriers seine weiße Binde oder seine weißen Handschuhe, noch Miß Braddon eine schickliche Haube, noch brachte die Dienerschaft das Ausbreiten der Teppiche zu Stande. Verzürung hatte Alle ergriffen.

Seit zwölf Jahren war es das erste Mal, daß Lady Davis so früh zurückkehrte; man hatte sich daran gewöhnt, daß sie Sonderbarkeiten an den Tag legte. Ihre auffallenden Gewohnheiten waren alltäglich geworden, und jetzt, da sie einmal von ihnen abwich, betrachtete alle Welt dies als ein Wunder. Mit Hilfe des Portiers und einiger Palastien verließ Lady Davis den Wagen.

Sie war eine Dame im Anfang der vierziger Jahre. Gram und ein tiefer Seelenschmerz hatte ihren bleichen Jüngen eine durchsichtige Farbe verliehen. Ihre dunklen Augen hatten einen eigenthümlichen düsteren Glanz und waren von langen, schwarzen Wimpern beschattet und von edel gebogenen Brauen umwölbt. Man mußte gestehen, daß sie immer noch schön sei; bezaubernd aber mochte dieses schöne Antlitz mit den tief glühenden Augen vor zwanzig Jahren gewesen

dem zunächst auch das Hinterland des Kamerunflusses zu erschließen ist, könnte somit Einfallsforte sowohl in das Niger- als in das Kongogebiet sein. Einige deutsche Expeditionen erließen dort bereits. Bei den bevorstehenden Verhandlungen der Berliner afrikanischen Konferenz über die Nigerfrage dürften diese neue Angelegenheit mit in Betracht gezogen werden.

In Kiel bildet sich nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ ein nationalliberaler Verein für den siebenen Schleswig-Holsteinischen Reichstags-Wahlkreis, der sich die Aufgabe stellen dürfte, den dort zur Veranlassung gelangten Stichwahlkampf zwischen Prof. Hänel und einem Sozialdemokraten zu beenden. — Hoffentlich wird der nationalliberale Verein sich nicht allzusehr anstrengen brauchen, denn Herr Hänel ist schon diesmal nur noch die Stimmen der Landbewohner zugefallen, während die intelligenten Städte für Heintze votierten. Es läßt sich aber annehmen, da die Landbevölkerung sich immer, wenn auch nur langsam, dem Urtheile der Städter anschließt, daß über drei Jahre Herr Hänel auch ohne Hilfe der Nationalliberalen fast gestellt werden wird. — Oder sollten die Nationalliberalen gar andere Absichten haben? Zutrauen kann man diesen kleinen Schälern schon so etwas!

Die Nachricht, daß dem Reichstagsabgeordneten Hebel die Anklageschrift in der bekannten Kopenhagener Kongress-Affaire zugangig sei, ist, wie das „Osnabrücker Tagebl.“ berichtet, ungenau. Es handelt sich nur um den Klageantrag des Staatsanwalts. Eine Anklageschrift kann erst ausgestellt werden, nachdem das Landgericht den Antrag des Staatsanwalts für „hinlänglich“ begründet erachtet und die Hauptverhandlung beschloßen hat. Wie wir vernehmen, hatten die Betreffenden das vom Staatsanwalt zur Motivierung seines Antrags vorgebrachte Material für so wenig beweiskräftig, daß sie auf eine Widerlegung verzichteten wollen.

In Danzig fand vergangenes Donnerstag — zum ersten Male seit Adams Zeiten — ein Verfallungsschluß in Folge des Auftretens der Arbeiterpartei statt. Betreffende Versammlung tagte im Vorort Schildis und sollte dem freisinnigen Nachwahllandboten Schrader Gelegenheit geben, sich den Schädiger Wählern zu insinuirten. Der Genannte wurde jedoch nach Schluß seiner Rede von zwei Arbeitern so heftig angegriffen, daß ein Tumult entstand und die Freude ein Ende hatte. Der Kandidat der Sozialdemokraten ist der Lithograph Focher m. Seine Freunde sollen es nicht für unmöglich halten, ihn zur Stichwahl zu bringen, obgleich Hebel am 28. Oktober nur 577 Stimmen erreichte — vor drei Jahren freilich nur 43!

In Mittweida (Sachsen) haben bei der Stadtverordneten-Wahl die Sozialdemokraten mit ihrer Kandidatenliste gegenüber den sämtlichen vereinigten „Ordnungsparteien“ den Sieg davongetragen, indem für 11 auscheidende Stadtverordnete 9 Kandidaten der Sozialisten und nur zwei Kandidaten der „Ordnungsparteien“ gewählt wurden. Selbst der bisherige seit vielen Jahren amtierende Stadtverordnete-Ratsherr, Rechtsanwalt Schneider, ist durchgefallen.

Österreich. Eine Aufhebung des Ausnahmezustandes in Wien beziehungsweise eine Rückgängigmachung der Suspension der Schwurgerichte für eine Reihe von Verbrechen ist, wie aus Wien geschrieben wird, zunächst nicht zu erwarten. Diejenigen Ausnahmemaßnahmen, welche gesetzlich nicht begrenzt sind, werden auch bis auf Weiteres aufrecht erhalten bleiben, die Verordnung betreffend die Schwurgerichte, die mit Ende dieses Jahres erlöschen sollte, wird aber voraussichtlich verlängert werden.

Frankreich. Die Einführung der Listenwahl steht jetzt wirklich bevor. Nach derselben wird nicht mehr je ein Deputirter in einem Wahlkreis gewählt, sondern für eine ganze Provinz stellt jede Partei eine Liste von Kandidaten in entsprechender Anzahl auf, und diejenige Partei, deren Liste die meisten Stimmen erhält, hat in allen Bezirken der betreffenden Provinz gleichzeitig ihre Kandidaten durchzusetzen. Die Listenwahl wurde seiner Zeit von Gambetta angestrebt und ihre Ablehnung führte den Sturz des Ministeriums herbei. Jetzt machen sich nur noch einzelne schwache Einwände dagegen geltend, denn die Einzelwahl hat ein unheilvolles Protektionswesen großgezogen. Wer ein Amt oder eine Vergünstigung von der Regierung braucht, wendet sich an „seinen“ Deputirten, dieser bemüht sich, um den Wähler zu Dank zu verpflichten, bei der Regierung, und die Regierung schlägt dem Deputirten nicht gerne etwas ab, weil sie auf seine regierungsfreundlichen Abstimmungen rechnet. Die Konsequenzen, welche sich aus solchen Verhältnissen ergeben, kann sich der Leser selbst ausmalen. Durch die Listenwahl wird der einzelne Deputirte unabhängig von den Wählern und den lokalen Verhältnissen. Er erwirbt durch sie die Parteiführer größeren Einfluß und die Minoritäten werden fast ganz mundtot gemacht. Aber man erachtet diese Bedenken jetzt für gering gegenüber dem Protektions-Unfug. — Die Deputirtenkammer nahm trotz des Einspruchs der Regierung mit 372 gegen 135 Stimmen das von Perras eingebrachte Amendement an, nach welchem die Uebernahme eines Mandats als Senator unter denselben Bedingungen nicht statthaft sein

etwas genießen, sich stärken. Ich habe einen herrlichen Pudding da; er ist noch vom Fest her, unangerührt. Darf ich Ihnen denselben nicht serviren? . . . Oder soll ich vielleicht Lauben, oder ein Hühchen anrichten lassen? Vielleicht ein Glas Wein, Milady?"

Lady Davis hörte von dem Allen nichts. „Ruhe, Ruhe!“ hauchte sie leise. „Lassen Sie mich allein, Miss Drabdon. Ich werde Sie später rufen.“

Erschöpft sank das bleiche Haupt in die Kissen; eine tiefe Dnmacht umnachtete ihren Geist.

Neunzehntes Kapitel.

Der Januar überschüttete die Residenz mit Schnee und Eis. Die Armuth fior entsehrlich, und der Reichtum hatte die schönste Gelegenheit, in kostbarem Pelzwerk zu promeniren und glänzende Schlitten-Koissos zu veranstalten.

Wir treten an einem solchen eisalten Januarstage in die Behausung des Redanten Eisler. Es war eine bescheidene Behausung, deshalb aber an diesem Abend nicht minder behaglich als die Salons manches reichen Mannes. Ein Wohnstübchen, nicht gerade elegant, aber auch keineswegs ärmlich ausgestattet, ein warmer Ofen, neben demselben ein mächtiger Tisch, eine große Lampe auf demselben, welche den Tisch beleuchtete, das Zimmer dagegen in traulichem Halbdunkel läßt — das ist die Szenerie für einen gemüthlichen Winterabend in einer Bürgerfamilie. Um den Tisch herum finden wir eine Anzahl Personen, auf deren Antlitz wir zum Theil das stille Glück, zum Theil die stille Ergebenheit lesen.

Der Hausherr ist von seinem Bureau noch nicht zurückgekehrt. Die Hausfrau ist eine behäbige, wohlbeleibte Dame, und ihre Figur und ihre gedegene Hauskleidung geben ihr ein besonders patriarchalisches Aussehen. Sie ist bekleidet mit einem einfachen Hauskleide und weißer Schürze. Alles an ihr ist saub und solidität, und dies ist gewiß nicht wenig geeignet, ihre Autorität in Küche und Haus zur Geltung zu bringen. Sie servirt auf einem vor dem Sopha stehenden Tisch den Thee, während die Hände der Anwesenden, wie am Ofen sitzen, emsig arbeiten.

soll, welche für die Verhinderung der Uebernahme eines Mandats als Deputirter gelten. Ferner wurde ebenfalls gegen den Widerspruch der Regierung mit 260 gegen 216 Stimmen ein Amendement Floquet's angenommen, die Wahlen zum Senat mittels des allgemeinen Stimmrechts und Listenkrutiniums vorzunehmen. In Folge dieser beiden Abstimmungen gab Leon Renault seine Entlassung als Berichterstatter der betreffenden Kommission. Die Berathung wird Donnerstag fortgesetzt werden. — In Folge der Annahme des Amendements Floquet's ist der Ministerrat am morgen früh zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen, um die durch die Annahme dieses Amendements geschaffene Situation zu prüfen. — Der „Liberte“ zufolge hätte sich der Ministerpräsident Ferry darauf beschränkt, von den englischen Vorschlägen bezüglich Egyptens Akt zu nehmen und sich vorbehalten, später seine Ansichten bezüglich derselben mitzutheilen.

Rußland. Wenn die Bildung in den unteren Klassen des Volkes nach und nach auch merliche Fortschritte macht, so ist ihre Verbreitung immerhin nicht gerade sehr groß. Nach den Veröffentlichungen des statistischen Komitees (Ministerium des Innern) ergibt sich, daß die 60 Gouvernements des europäischen Rußlands 22,770 Volksschulen mit 1,140,915 Schülern (904,918 Knaben und 235,997 Mädchen) besitzen, in welchen 36,955 Lehrer (darunter 12,566 Religionslehrer, 19,511 Lehrer und 4878 Lehrerinnen) thätig sind. Auf 1000 im Schulalter stehende Kinder kommt im Mittel 1,8 Schule. Dabei wird in den Lehrbezirken Moskau, Charlow, Kasan, Odessa, Drenburg und Wilna das Mittel nicht erreicht, dagegen in denjenigen von St. Petersburg, Kiew und Warschau überstiegen. Die größte Zahl von Schulen besitzt der Lehrbezirk Dorpat, nämlich 4,9 auf 1000 Kinder im Schulalter. Es wird auch das Verhältnis zwischen der Anzahl Schulen und Dörfer in einzelnen Gouvernements angeführt; dieses Verhältnis ist aber weniger geeignet, ein richtiges Bild von der Verbreitung der Volksschulen zu gewähren, da in diesem Falle die absolute Zahl der Dörfer, ihre Größe, die Einwohnerzahl in den einzelnen Gouvernements in Betracht zu ziehen wären und man leicht zu der Vorstellung kommen könnte, daß weniger dicht besiedelte Gouvernements auf einer höheren Stufe der Volksbildung stehen. Dagegen interessant ist es, daß von den 6,158,155 Rubeln, welche jährlich auf die Volksschulen verwendet werden, 44 pCt. von den Provinziallandschaften (Semstwo), 34 pCt. von den Dorfgemeinden und bloß 12 pCt. von der Staatskasse herrühren. Die Privatdotationen betragen 6 pCt. der Gesamtausgaben.

England. Die Berathungen zwischen Vertretern der englischen Regierung und der Opposition haben zu einer Verständigung über die Grundzüge der Bill zur Reueinteilung der Wahlbezirke geführt, von deren Vorlage die Tories des Oberhauses die Annahme der vielumstrittenen Bill zur Ausdehnung des Wahlrechts abhängig gemacht haben. Dem entsprechend ist die Vorlage der erwähnten Bill im Unterhause erfolgt, und letzteres hat, wie der Telegraph meldet, die Bill in erster Lesung angenommen oder, wie nach englischem parlamentarischen Brauch genauer zu sagen wäre, hat den Beschluß gefaßt, die Bill gestern zum ersten Male lesen zu lassen. Wie weit die neue Bill die Mitglieder des Hauses befriedigt, das wird sich erst zeigen, wenn sie die Frage zu entscheiden haben, ob die zweite Lesung erfolgen soll; erst wenn diese geschehen ist, tritt nach dem geschlossenen Uebereinkommen an die Führer der Torypartei die Verpflichtung heran, für die rasche Erledigung der Wahlreformbill Sorge zu tragen. Der plötzliche Entschluß Sir Randolph Churchill's, des Führers der sogenannten vierten Partei, eine längere Reise nach Indien anzutreten, kann als ein Zeichen dafür angesehen werden, daß die Verständigung zwischen Salisbury und Gladstone in der ganzen Reformfrage auf ziemlich fester Grundlage ruht. Von der Bill zur Reueinteilung der Wahlbezirke hängt das Schicksal des Kabinetts ab; für den Fall, daß dieselbe vom Unterhause nicht im Anfang nächsten Jahres angenommen wird, hat Gladstone gelobt, zu resigniren. Die neue Bill beruht, wie ein Privattelegramm aus London meldet, auf folgenden Prinzipien: Alle Wahlkreise unter 15,000 Einwohnern gehen in Landbezirke auf; Wahlkreise zwischen 15,000 und 50,000 Einwohnern erhalten einen, zwischen 50,000 und 165,000 zwei Vertreter. London erhält 28 Vertreter, Liverpool 9, Glasgow und Birmingham je 7, Manchester 6, Sheffield und Leeds je 5. Wie ein Telegramm weiter meldet, hat Courtney, parlamentarischer Sekretär des Schatzamts, seine Entlassung eingereicht, weil das neue System den meisten Wahlbezirken nur einen Vertreter gebe und keine Sicherheit für die Vertretung der Minoritäten biete. — Im Oberhause vertheilte der erste Lord der Admiraltät, Lord Northbrook den Zustand der englischen Flotte und erklärte, die Regierung sei entschlossen, die Flottensuprematie Englands aufrecht zu erhalten. England besitze weit mehr Schiffe als Frankreich. Die jetzigen Ausgaben Englands für den Bau von Panzerschiffen überstiege diejenigen Frankreichs bedeutend. Die Regierung bestreibe die Fertigstellung der bereits im Bau begriffenen Panzerschiffe so viel wie möglich und beabsichtige 4 neue Panzerschiffe,

„Es ist sieben Uhr,“ sagte Frau Eisler, den Blick auf die unter der Glasglocke prunkende Stuhuhur richtend, „in einer Viertelstunde muß mein Mann hier sein, und hoffentlich bleibt auch Georg nicht länger.“

„Georg ist immer pünktlich,“ antwortete Frau Amberg, die ebenfalls an dem Tische sitzt und mit einer sehr feinen Batist-Stickerei beschäftigt ist. „Wie gut Du bist, Schwester!“ fügte sie, sich an die Hausfrau wendend, hinzu. „Es ist mir ordentlich peinlich, daß ich Euch hier fast jeden Abend zur Last bin.“

„Das nennst Du zur Last sein, Rätchen?“ fragte Frau Eisler vorwurfsvoll. „Du weißt, wir hätten Euch, als das Unglück über Euch hereinbrach, gern geholfen, wenn wir gekonnt hätten.“

„Davon bin ich überzeugt, Schwester,“ versetzte Frau Amberg; „Ihr habt mehr gethan, als ihr thun konntet.“

„Das Wenige war leider nicht ausreichend,“ sagte die Hausfrau, in ihrer Arbeit immer emsig fortarbeitend. „Wenn der reiche Herr Pastor, Dein würdiger Herr Schwager, Euch hätte helfen wollen.“

„O, Schweig von dem,“ unterbrach sie Rätchen bitter. „Der hartherzige Mann! Wie muß meinem armen Mann zu Ruche gewesen sein, als er sich vor ihm demüthigte, und von ihm hochmüthig abgewiesen ward.“

„Der Mann hat kein Herz und auch keinen Charakter,“ gab Frau Eisler zurück. „Ich schwöre darauf, er allein ist auch Schuld an dem Unglück unserer lieben Lucie. — Nicht wahr, mein Kind?“

Zu Denjenigen, welche an dem Tische saßen, gehörte auch Fräulein Rodenburg. Sie hatte in diesem Hause eine Zuflucht gefunden. Der Zufall hatte sie mit der Familie Eisler bekannt gemacht. Sie war nach der Residenz gekommen, um sich Arbeit zu suchen und sich durch ihrer Hände Fleiß zu ernähren, nachdem sie gezwungen war, die Zufluchtsstätte im Hause ihres Onkels zu verlassen. Der Zufall wollte, daß sie in demselben Tapissier-Geschäft Arbeit suchte, in welchem auch Fräulein Amberg beschäftigt war.

Fräulein Bertha Amberg war die jüngste Schwester

2 Torpedowidder, 5 Kreuzer, 10 Koissos und 30 Torpedobatterien zu bauen. Die Kosten hierfür würden einschließlich der Bemittlung der Schiffe und der Besetzung der Kohlenstationen auf 5 1/2 Millionen geschätzt, welche auf die nächsten 5 Jahre zu verteilen wären.

Egypten. In dem zu Kairo von der Staatsschuldenkasse gegen die ägyptische Regierung angehängten Prozesse ist gestern das Urtheil gefällt worden. Der Gerichtshof erklärt darin, daß die Handlungsweise der ägyptischen Regierung eine ungesetzliche war, insofern als die internationale Finanzkomitee allein kompetent war, das Liquidationsgesetz abzuändern. In Folge dieses Beschlusses werden alle Beamten, welche Gelder an die Regierung anstatt an die Schuldenkasse zahlten, dieselben zurückverlangen haben. — Das heißt, wenn bei ihnen etwas zu holen ist!

Von der unter englischer Herrschaft stehenden Insel Trinidad sind jetzt nähere Mittheilungen über die entsehrliche Menschen-Sklaverei angelangt, welche am 30. Oktober dorthin stattgefunden hat. Die ausgedehnten Zuckerrohr- und Cacao-Plantagen jener Insel werden seit der Unterdrückung der Negersklaverei durch ostindische Gulies bearbeitet. Die armen, genügsamen und friedfertigen Menschen, deren Zahl auf 60,000 geschätzt wird, sind Anhänger der Buddhistischen Religion. Ihre religiöse Hauptfest, welches der indisch-danischen Religion entlehnt ist, das Mohurum- oder Hooloo-Fest genannt, wird am 30. Oktober gefeiert. An diesem Fest bereiten sich die Gulies Bagoden von Papiermache von verschiedener Größe, füllen dieselben mit Geschenken, und tragen dieselben in Prozession zum Meeresufer, um sie als Opfer ihrer Gottheit in das Meer zu werfen. In Folge der fürchterlichen Zucker-Krisis, welche auf Beständen lastet, war die Arbeitszeit der Gulies von den Plantagen erhöht und ihr Lohn von 35 auf 30 cents täglich reduziert worden. In Folge dessen machte sich begreiflicherweise eine Unstimmung unter den Gulies bemerkbar. Hierdurch wurde sich der Gouverneur der Insel, welcher bei dem Hooloo-Feste Erzeffe beabsichtigte, bewogen, das Fest ohne Weiteres zu verbieten, obwohl die Gulies dringende Vorstellungen machten, daß ihre Religion ihnen dasselbe vorzuschreiben sei bei ihrer Uebersiedelung von Ostindien nach Trinidad. Die freie Ausübung ihrer Religionsgebräuche verbietet worden sei. Als Antwort ließ der Gouverneur das Kriegsschiff „Raitenstadt“ von 5000 Einwohnern, anlegen und Marine-Soldaten ausschiffen. Zugleich wurde San Fernando, eine kleine Stadt der Hauptzug der Gulies nach dem Meere zu gehen hatte, mit 74 Regier-Polizisten und 20 Landsoldaten besetzt. Die Hauptstadt Port of Spain (35,000 Einwohner) blieb nur mit 25 Polizisten und 40 Landsoldaten besetzt. Der Verbleib aller in Ruhe. Anders ging es in San Fernando zu. Als am 30. Oktober die Prozession der Gulies mit ihren Bagoden vor den Thoren jener Stadt ankam, stellten sich ihnen die Polizisten und Soldaten entgegen und erzwangen ihnen den Durchzug nach dem Meer. Die Gulies gerieten in große Aufregung, schlangen ihre Stride (andere Bagoden hatten sie nicht) und machten Miene, den Durchgang mit Gewalt zu erzwingen. Da ließ der die bewaffnete Kommandirende Offizier die Ausrufkraste verlesen und unmittelbar nachher ein mörderisches Feuer auf die gedrängte Masse der Gulies eröffnen. In einem Augenblicke lagen 12 Tote und 93 zum Theil schwer Verwundete, darunter Frauen und Kinder, auf dem Boden! Die Ueberlebenden entsetzt davon, Ueber diese grausame, aller Menschlichkeit spottende Schlächterei wehrloser Menschen betrifft die weitestgehende große Entrüstung. — Die Entrüstung wird wohl nicht soweit her sein; wenn sie überhaupt nicht nur Geheule ist. Man kann aber an diesem gräßlichen Verbrechen so recht wieder beurtheilen, was die englische Regierung des Herrn Gladstone unter Kultivierung überseeischer Völker verheißt. Welches Geschick hätte man erhoben, wenn ein solcher Massenmord von unschuldigen Kindern und Frauen von den Eingeborenen verübt worden wäre! Jetzt, wo dieses von der sog. zivilisirten englischen Verwaltung ausging, herrscht über allen Wipfeln Ruh. Wir sind überzeugt, daß den englischen Beamten absolut nichts geschehen wird. — Kann man aber über die Egypter wundern, daß sie sich die kultivirten Engländer vom Hals zu halten suchen?

China. Ueber den Stand der chinesischen Reformungsmaßregeln berichtet die „Allg. Ztg.“: „Der Gouverneur von Shanghai hat die Sperrung des Wukungflusses bei der inneren Barre angeordnet. Schon sind alle Kriegsschiffe und Fahrzeuge dorthin geschickt, um mit Steinen gefüllt zu werden. Gensio ist ein Dampftrahm mit einer Dampfmaschine dorthin gebracht, um Pfähle in den Grund zu treiben. Bei der wichtigen Stellung, welche Shanghai als Seehandel einnimmt, würde eine gänzliche Absperzung des Wukungflusses eine unberechenbare Störung des Handels betreiben und für manche Ausfuhrhäuser verderblich werden. Gleichzeitig ist auch das äufere Fahrwasser des Wukung durch die Legung von Minen unsicher gemacht. Die Festungsbatterien am Wukung sind verhärtet und von diesen ausgehend ein bis zum

des Predigers und des Kaufmanns Amberg. Sie saßen kaum zur Jungfrau herangewachsen und eine ganz bescheidene Zuneigung bewog Frau Eisler, dieses junge Mädchen zu sich zu nehmen. Bertha lernte Lucie kennen, sie hieß von ihr den Namen Rodenburg's nennen, dessen sie in dem Hause ihres Bruders schon so oft hatte erwähnen hören und die Bekanntschaft war geschlossen, welche sich in kurzer Zeit in Freundschaft verwandelte. Das gute Herz der Frau Eisler war sofort gerührt worden von der Erzählung Lucie's und sie hatte gesagt:

„Lucie, mein Kind, Sie sollen nicht obdachlos und schreiend in der Welt umherirren. Wir haben zwar nur wenig, aber das Wenige, was wir haben, theilen wir gern mit denjenigen, welche wir lieben.“

Während nun Herr Eisler den Tag über die erwerbenden Arbeiten des Bureaus verrichtete, und während dabei die schaffende und ordnende Hand seiner braven Hausfrau, der stattlichen Hausfrau, über dem Hauswesen wirkete, saßen die beiden Freundinnen, Bertha Amberg und Lucie Rodenburg, über ihren Handarbeiten, mit deren Beitrag sie ihren Lebensunterhalt, soweit als ausreichend, zu fristen. — Die Erinnerung an das, was in Schloß Rodenburg geschehen, drängte eine Träne in Lucie's Augen. Frau Eisler, welche von dem Theetische einen Blick zu ihr herüberwarf, bemerkte es, und sie beicelte sich, sie zu trösten.

„Mein Kind,“ sagte sie, „grämen Sie sich darüber nicht. Der Mensch kann auch glücklich sein ohne Reichtum.“

„Ach, das ist's nicht,“ antwortete Lucie, „was mich schmerzt, ist, daß mein Onkel mich für undankbar hält, während ich ihn doch liebte wie meinen Vater.“

„Sie sind ein Opfer einer schändlichen Intrigue geworden,“ eiferte Frau Eisler.

„Nein, nein,“ widersprach Lucie; „nicht einer Intrigue, es waren unglückliche Zufälle, die Niemand verschuldet hat.“

„Und ich behauptete dennoch, daß die schlaue Gans diese Zufälle verschuldet hat.“

„Ach nein, liebe Frau Eisler, Sie thun Emma Un-

Diese Be-
weit erst
landwies
der Sto-
oder rot-
der Son-
Beseitig-
hat allen
Provinz-
liefern, i-
für die
für die
oder un-
An-
telegraf-
einige d-
Re Lu n-
20 Tod-
sosen an-
Weichen
wieder-
jetzt die
ist, die
nehmen
soll eine
wird de-
lober w-
Aberrase-
wurden
Bacnin-
Chinesen
einen de-
stärkung
nördlich
einen L-
nesen G-
ition
Petition-
tionen
d elek-
nehmen
für Ven-
fraglos
wirtsch-
gänglich
gangss-
Jentner-
Effen bei
landwirts-
Feuer,
allen Zu-
befreit n-
wollen s-
dulte ur-
die Peter-
Feuer n-
300 Le-
orten
wirtsch-
nünftige
auch auf
Sills
nastald
änderung
Einricht-
Verfolg-
den offen-
werde.
diesem I-
einer la-
wärtig
Präsident
lages ist
Die
Bormitt-
Kommiss-
der sie z-
begonnen
Die me-
Zentrum
s. Fran-
für die
12,000
von der
des Tü-
tenden
auswirft
recht, E-
es trat
meinen
losgleite-
nur für
mich!“
„B-
einmal
wird, u-
ungerech-
sein.“
„D-
Frau C-
„A-
Schuh; l-
losgleite-
Drüber
„D-
man au-
„B-
glücklich
Einde-
„D-
horden,
suchen,
störben
„Z-
„den
mußte n-
hätten
nicht an-
störben.“
„E-
nahm h-
konnte
da er a-
dieser E-
bestimm-

Diese Wafung, sowie nach dem Fluße Han-ke-kiang sich meilenweit erstreckender, mit Schießscharten versehener Wall gegen landennollende feindliche Truppen errichtet. Eigenthümlich ist der Stoff, welcher zu diesen Wällen verwandt wird: Lehm oder rothe Erde mit gelochtem Reis vermischt, welche Masse in der Sonne steifst erhärtet. Schwere Geschosse würde diese Befestigung freilich wenig Widerstand bieten, Der Gouverneur hat allen Chinesen streng verboten, den französischen Schiffen Proviant, Kohlen oder sonstige Ausrüstungsgegenstände zu liefern, und auch ein gleiches in Bittform gehaltenes Ersuchen für die hier lebenden fremden Kaufleute an die hiesigen Konsuln der fremden Mächte gerichtet. Die hier lebenden Europäer und Amerikaner sind noch immer ungeschädigt.

Aus Hongkong wird der „Times“ unterm 30. November telegraphirt: Am 14. d. Mts. versuchten die Franzosen, einige chinesische Schiffschützen von einem Hügel nahe bei Kelung zu verdrängen, wurden aber mit einem Verluste von 20 Todten zurückgeschlagen. Darauf bombardirten die Franzosen am 16. November den Hügel und es gelang ihnen, die Weichen ihrer Kanonen, welche nicht enthaupet worden waren, wieder zu erlangen. — Dampfer und Dschunken durchbrechen jetzt die Blockade, da die französische Flotte ungenügend ist, dieselbe aufrecht zu erhalten. — Vier französische Schiffe nehmen jetzt hier Vorräthe ein. — Auf der französischen Flotte soll eine Seuche ausgebrochen sein. — Aus Haiphong wird der „Times“ gemeldet: In dem Gesichte vom 20. Oktober wurden 3 französische Kanonenboote von den Chinesen überrascht und ein Boot gerieth auf den Grund. Schließlich wurden die Franzosen durch das Hauptkorps der Truppen von Bac Ninh entdeckt. Die Kämpfe dauerten 12 Tage und die Chinesen wurden allmählich bis Bangkep zurückgetrieben, wo sie einen verzweifelten Widerstand leisteten, da mittlerweile Verstärkungen angekommen waren. Dennoch wurden sie bis Chu, nördlich von Phumoo, zurückgetrieben. Die Franzosen hatten einen Verlust von 60 Todten und 150 Verwundeten, die Chinesen 600 Todte. (Fortf. d. Pol. Uebersicht i. d. Beilage.)

Parlamentarisches.

Unter den von uns bereits gestern erwähnten 121 Petitionen, welche bis jetzt dem Reichstage, speziell der Petitions-Kommission vorliegen, sind diesmal zahlreiche Petitionen um Zurücknahme des Ausweisungsbekretes gegen Ausländer. Den meisten Raum nehmen die Petitionen um Verleihung der rückwirkenden Kraft für Pensionsgesetze ein, und das größte Interesse verdienen fraglos die Bitten um Erhöhung der Eingangszölle auf landwirtschaftliche Produkte. Es ist da eine Petition mit angeblich 11 000 Unterschriften versehen, um Erhöhung der Eingangszölle für Getreide und Desfrüchte auf 8 Mark per Doppelzentner. Einige Landwirthe aus Wülheim a. d. Ruhr und Essen bitten sodann um Erhöhung der Eingangszölle auf alle landwirtschaftlichen Produkte und um Aufhebung der Grundsteuer, eventuell dahin zu wirken, daß die Grundsteuer von allen Zuschlägen für Kommunal-, Kirchen- und Schulabgaben befreit werde. Die Wülheimer haben einen guten Wagnis: sie wollen gleich Hollerhöhung auf alle landwirtschaftlichen Produkte und Aufhebung der Grundsteuer! Im Gedränge hatten die Petenten ganz vergessen, daß der Reichstag mit der Grundsteuer nichts zu schaffen hat. Der Hr. v. Loë bittet um Hollerhöhung auf Obst, sämmtliche Gemüsesorten und überhaupt auf sämmtliche Produkte der Landwirtschaft. Hilfsarbeiter Schulle in Berlin hat den vernünftigen Wunsch: die Wohlthaten des Krankenversicherungsgesetzes auch auf die bei den verschiedenen Behörden beschäftigten Hilfsarbeiter auszuweiten. Dr. M. Toepfen, Gymnasialdirektor in Elbing, und Genossen bitten, daß durch Änderung der Nr. 6 des § 361 der Strafprozessordnung die Einrichtung der Sittenpolizei abgeschafft und die Verfolgung aller Vergehen gegen die öffentliche Ordnung und den öffentlichen Anstand dem ordentlichen Richter unterstellt werde. Fräulein Elise Hessel in Paris bittet auch in diesem Jahre um öffentliche Ehrenerkennung und Gewährung laufender Unterstützung. Diese Petition erweckt gegenwärtig insbes. Interesse, als der frühere Berliner Polizeipräsident Herr von Wurmb nunmehr Mitglied des Reichstages ist!

Die Budget-Kommission des Reichstages ist gestern Vormittag um 11 Uhr in Anwesenheit zahlreicher Regierungs-Kommissionen zu ihrer zweiten Sitzung zusammengetreten, in der sie zunächst den in der vorigen Kommissionssitzung bereits begonnenen Etat des auswärtigen Amtes zu Ende bringet. Die meisten Kürzungen sind auf Antrag der Vertreter des Centrums in der Kommission, der Freiberren v. Duene und v. Frankenstein erfolgt. So wurde u. A. die Mehrforderung für die Beamten des Generalbureaus im Betrage von 12,900 Mk. auf Antrag v. Duene um 2000 Mk. vermindert. Von den ferneren Kürzungen ist besonders hervorzuheben die des Tit. 33, Cap. 5, welcher das Gehalt für den neu zu lezenden Generalkonsul in Capstadt in Höhe von 6000 Mk. auswirft, auf zusammen 16,000 Mk. Freiherr v. Frankenstein

erkannte zwar die Nothwendigkeit einer berufsmäßigen Konsularvertretung des Reiches in Südafrika an, hielt aber die Niederlegung eines Konsuls für völlig ausreichend und beantragte demgemäß eine verhältnismäßig geringere Dotirung der Stelle. Nachdem die Forderung der Regierung mit einer Stimme Majorität gefallen war, wurde der Frankenstein'sche Antrag angenommen. Nach Abschließung des Handelsvertrages mit Korea sind ein kommissarischer Generalkonsul und ein Vizekonsul dorthin gesandt worden, um die deutschen Interessen an dem neuen Absatzgebiete zu wahren. Der neue Etat fordert für diese beiden Beamten, von denen der letztere seinen Wohnsitz in dem wichtigsten Vertragshafen Fusan nehmen sollte, zusammen 45,000 Mk. Auf Antrag des Abg. Hammacher wird jedoch nur ein Konsul mit 24,000 Mk. und ein Sekretär mit 6000 Mk. bewilligt. Dem Konsul in Apia sollen drei Vizekonsuln beigegeben werden, die ihn während der Verreise seines ausgedehnten Amtsbezirktes in Apia vertreten sollen. Doch wurde nur die Stelle eines Vizekonsuls mit 10,000 Mk. bewilligt. Dagegen ersucht Tit. 75 (Konsulat in Porto Alegre) keinen Widerspruch, da die Interessen des Reiches, nachdem der bisherige Generalkonsul sein Amt niedergelegt hat, die konsularische Vertretung daselbst unbedingt erfordern, und ebenso wurden 30,000 Mk. für das neu zu errichtende Konsulat in Janibar bewilligt, damit die angeblich günstigen Aussichten für Erschließung neuer Absatzgebiete an der Ostküste Afrikas dem allgemeinen Interesse der deutschen Produktion gemäß verwertet werden. Auch die Dotation für den neu zu kreirenden Vizekonsul in Sinatow in Höhe von 15,000 Mk. erlitt keine Bemänglung, dagegen wurde die für Remunerationen ausgeworfene Summe von 302,600 Mk. auf Antrag Duene auf 290,000 Mk. gekürzt. Damit ist das Ordinarium dieses Etats beendet. Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte sich die Kommission mit dem Militär-Etat.

Die Mitglieder des Reichstages, wie sie aus den Neuwahlen hervorgegangen sind, vertheilen sich nach Stand und Beruf folgendermaßen: Mehr als ein Drittel sämmtlicher Mandate nehmen die Angehörigen des Grundbesitzes und der Landwirtschaft in allen ihren Zweigen ein; 130 bezeichnen sich als Ritterguts-, Herrschafts-, Fideikommiß-, Majorats-, Guts- und Hofbesitzer; hierzu treten noch 8 andere landwirtschaftlichen Gewerben Angehörige und 2 Oekonomieräthe. Unter den Rittergutsbesitzern sind 6 zugleich Landräthe, einer zugleich Polizeipräsident, ein General-Landwirtschaftsdirktor und 4 Bergwerks- bzw. Fabrikbesitzer. Aus den Beamtenkreisen sind hervorgegangen: 2 Staatsminister a. D., 1 aktiver und 1 inaktiver Oberpräsident, 2 Regierungspräsidenten, 1 Polizeipräsident (zugleich Rittergutsbesitzer), 2 Geheimregierungsräthe, 2 Reiterungsräthe, 1 Landdrost, 21 Landräthe, 1 Gesandter, 1 Wirklicher Legationsrath, 1 Legationsrath a. D., 1 Bezirksamts-Assessor, 1 Oberbergrath, 1 Bau- und Regierungsrath, 1 Baumeister, 1 Hofrath und 1 Archivar. Den Beamten der Gemeindeverbände und Gemeinden gehören an: 9 Bürgermeister (darunter 2 zugleich Landwirthe), 1 Stadtdirektor, 4 Senatoren, 1 Stadtrath, ein solcher a. D., 1 Gemeindevorsteher, 1 Provinzial-Landesrath, 2 Landratsräthe, 1 Gemeindevorsteher. Nur ein aktiver Militärgehört zu den Abgeordneten neben einer großen Anzahl von Offizieren a. D. verschiedenster Grade, die zumest Grundbesitzer sind. Zum Richterstande gehören 29, darunter 8 inaktive, ihnen reihen sich an 3 Staatsanwälte und 20 Rechtsanwältler. Der katholischen Geistlichkeit gehören 16 Mitglieder an, nämlich 6 Stadtpfarrer, 4 Domkapitulare, je 1 geistlicher Rath, Kanonikus, fürstbischöflicher Stiftrath, Probst, Cyprius und Superior; ihnen gegenüber ist nur ein evangelischer Geistlicher vorhanden. Aus dem Lehrstande sind 15 Abgeordnete hervorgegangen, davon 8 Professoren, 1 Privatdozent, 1 Gymnasialdirektor a. D., 1 Oberlehrer und 1 solcher a. D., 1 Studienlehrer, 1 Rektor und 1 Lehrer. Vierzehn reihen sich 5 praktische Aerzte und 1 Thierarzt. Der Handel ist vertreten durch 12 Kaufleute, 2 Holzhändler, 1 Lederhändler, 1 Spezereihändler, 1 Weinbändler und Konsul, 1 Rheder, 1 Bankdirektor, 1 Bankier, 1 Spediteur der Letzten der Kaufmannschaft. Der Industrie und dem Gewerbebetriebe gehören an: je 2 Hütten- und Eisenwerksbesitzer, 4 Bergwerksbesitzer, 1 Ober- Berg- und Hüttenrath, 1 Bergwerksdirektor, 11 Fabrikbesitzer, 5 Fabrikanten, 1 Fabrikdirektor, 2 Ingenieure, 6 Drauerbesitzer, 1 Bildhauer, 1 Maler, 1 Buchdruckereibesitzer, 1 Drechsler- und 1 Schuhmachereibesitzer, 1 Sattler, 1 Zigarrenarbeiter. Endlich ist noch ein Posthalter zu erwähnen. Zur Presse gehören 16 Abgeordnete, nämlich 12 Schriftsteller, 2 Redakteure, 1 Journalist und 1 Korrespondent. Endlich sind 30 Abgeordnete, die sich Rentiers, Privatleute u. s. w. nennen oder überhaupt keinen Stand oder keine Thätigkeit angeben.

Von den 23 Reichstagswahlen des Königreichs Sachsen sind 17 durch Proteste angefochten worden.

Die am Dienstag Abend stattgehabte Vertrauensmänner-Versammlung der Arbeiterpartei im 6. Berliner Reichstagswahlkreis beschloß, den

gerade sein Kummer fesselte mich noch mehr an ihn. Ich war doppelt bemüht, ihm kindliche Bärtlichkeit zu erweisen, um ihn seinen Verlust vergessen zu lassen.

„Mir ist Alles klar!“ sagte Frau Elsner. „Nachdem dieser Erbe todt ist, sind Sie und Ihre Brüder die nächsten Erben des alten Rodenburg. Der Herr Prediger Amberg macht den Versuch, auch Euch zu verdrängen. O, der Mann ist zu allen Schändlichkeiten fähig, er wird sich kein Gewissen daraus machen, das Gut der Waisen an sich zu reißen; er ist ein Heuchler, und als solcher taugt er recht als Erbschleicher.“

„Ist denn die Nachricht von dem Tode des jungen Felix Rodenburg vollständig verbürgt?“ fragte Käthchen. „Leider ja!“ antwortete Lucie theilnehmend. „Mein Onkel bekam gerade an seinem Geburtstag einen Brief aus Pondichery vom dortigen Konsul. Er hatte sich mehrmals dorthin gewandt und um Nachricht gebeten, aber er bekam niemals ganz bestimmten Bescheid. Er erfuhr nur, daß ein Offizier unter dem Namen D'Brian in dem britischen Freiwilligen-Regiment in Indien sich befindet. Das Regiment sei indessen durch die Horden der Aufständischen unter Rana Sahib vollständig ausgerieben, nur hier und da sammelten sich einzelne zerstreute Trupps. Der Colonel D'Brian sei bis dahin noch nicht zurückgekehrt, und man wisse also nicht, ob er noch lebe.“

„In dem Falle sieht ja noch gar nicht fest, daß der junge Mann todt ist,“ meinte Käthchen. „O ja, doch!“ antwortete Lucie. „Das waren die Nachrichten früherer Briefe. Der letzte giebt ganz bestimmte Nachricht. Einer dieser Trupps, der sich nach Madras hat durchschlagen wollen, ist mit den Horden der Auführer in der Nähe der Stadt zusammen getroffen und nicht ein einziger Mann ist entkommen. — Unter den Todten, welche man später gefunden, und die sämmtlich entseflich verstümmelt gewesen sein sollen, fand man auch den Colonel D'Brian.“

„Verstümmelt, sagen Sie?“ fragte Käthchen. „Waren denn seine Züge noch kenntlich?“ „Nach dem Schreiben des Konsuls scheint's, daß man seine Züge nicht gerade relognoszirt hat. Allein es fand

im Wahlkreise Kassel. Messungen mit wenigen Stimmen unterlegenen Materialwarenhändler Pfannkuch als Kandidaten für den 6. Wahlkreis aufzustellen.

Lokales.

Außerordentliche Magistratssitzung am Dienstag. Der Etat der Sanitätsverwaltung und der Badeanstalten pro 1885/86 ist vom Magistrat in Einnahme mit 13,000 M. und in Ausgabe mit 58,490 M. festgesetzt, so daß von der Stadt ein Zuschuß von 45,490 M. gezahlt werden muß. Die Ausgabe dieses Etats überschreitet die des Vorjahres um 9700 M., welche bedingt wird durch die für das nächste Jahr nothwendig werdenden größeren Reparaturarbeiten an den Badeanstalten. — Der Etat für das städtische Krankenhaus in Moabit balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 370,002 M. Auch für diese Anstalt ist, wie beim Krankenhaus im Friedrichshain ein größerer Durchschnitts-Krankenbestand wie für den vorjährigen Etat angenommen worden, nämlich 425 gegen 350. Ebenso hat das Kuratorium sich veranlaßt gesehen, eine Summe von 3000 M. in den Etat aufzunehmen zur Versorgung der im Dienst der Anstalt etwa Beschädigten oder der Hinterbliebenen des Anstaltspersonals. In Folge der Vermehrung der Betten erhöht sich die Ausgabe gegen das Vorjahr um 59,292 M., wovon 34,500 M. mehr Verwaltungs-kosten früher entstehen. Die eigene Einnahme der Anstalt beträgt 33,500 M., so daß von der Stadtgemeinde ein Zuschuß von 336,502 M. geleistet werden muß. — Der Etat für Straßenbeleuchtung, Vesprenzung und Reinigung ist für 1885/86 in zwei besonderen Etats, den für Beleuchtung und den für Vesprenzung und Reinigung zerlegt worden. Der Etat für Beleuchtung schließt ab mit einer Ausgabe von 154,830 Mark, doch findet eine Bezahlung des aus den städtischen Gasanstalten entnommenen Gases in der That nicht statt, sondern wird nur zur Berechnung zuzählt. Zu dieser Summe kommen ferner die Kosten für Aufstellung von 600 neuen Gaslaternen mit 51,000 Mark und die Petroleumbeleuchtung mit 54 170 Mark, so daß für die öffentliche Beleuchtung inklusive der nicht zur Bezahlung, sondern nur zur Berechnung gelangenden Kosten der Straßensbeleuchtung überhaupt 1 876 213 Mark zur Ausgabe kommen. — Der Etat für Straßenreinigung und Vesprenzung weist eine Einnahme von 85 299 Mark und eine Ausgabe von 1 556 539 Mark nach, erfordert also einen Zuschuß von 1 471 240 Mark. Der Etat ist gegen das Vorjahr um 9361 Mark in der Ausgabe erhöht. — Für die Irrenverpflegung-Anstalt in Daldorf weist der Etat eine Einnahme von 158 800 Mark und eine Ausgabe von 1 351 180 Mark nach, und ist in demselben 116 755 Mark Mehrausgabe vorgesehen, als im Vorjahre. Außerdem ist noch eine extraordinäre Ausgabe von 31 980 Mark vorgesehen; es beläuft sich hiernach der zu leistende Zuschuß auf 1 224 570 Mark. In Daldorf selbst befanden sich am 1. Oktober cr. 1244 Kranke, so daß nur noch 6 Personen im Nothfalle hätten Aufnahme finden können; es mußten daher 647 Irre in Privatpflege gegeben werden, welche Zahl sich voraussichtlich bis 1. Oktober 1885 auf 700 erhöhen wird. Um nun für die Zukunft ein Unterbringen Geisteskranker in Privatpflege zu vermeiden, beabsichtigt der Magistrat, entweder eine zweite Irrenanstalt zu bauen oder die bestehende angemessen zu erweitern, und hat zu diesem Zwecke von dem Kuratorium der Daldorfer Anstalt einen Bericht darüber erfordet, ob das bisher angewendete System der geschlossenen Anstalt sich bewährt hat, oder ob es vorzuziehen sei, das sogenannte Kolonisations-System, bei welchem immer nur eine kleinere Anzahl Irre in Kolonien gemeinsam untergebracht wird, in Anwendung zu bringen.

Die Seitens des Reiches in Aussicht genommene Armenstatistik für das Jahr 1885 ist jetzt auch durch Restrikt des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und Berlin den hiesigen städtischen Behörden offiziell notifizirt worden.

Das Projekt für die Pferdebahnhöfe Rollenmarkt-Spittelmarkt ist jetzt von der großen Pferdebesitzer-Gesellschaft aufgestellt und den zuständigen Behörden zur Prüfung unterbreitet worden.

Die Bau-Deputation Abtheilung I für Hochbau hat auf den Etat des nächsten Jahres außer den zahlreichen Schulbauten noch mehrere andere Bauten, welche größtentheils bereits durch Gemeindecensur festgesetzt sind, gebracht. Die größte Summe, welche gefordert wird, ist die erste Bau-rate für den Bau eines Kgl. für nächtliche Obdachlose und für wohnungslose Familien bei der Brenzlauer Allee mit 400 000 Mark; dann folgen die erste Rate für den Bau eines neuen Hospitals und eines Siedenhauses für Männer ebenfalls an der Brenzlauer Allee mit 200 000 Mark; die erste Bau-rate für den Neubau eines Feuerweh-Hebendepots auf dem Grundstück der Pumphation I an der Reichenbergerstraße mit 100 000 Mark; die Kosten des Baues eines Todtengräberhauses auf dem Gemeindefriedhofe zu Friedrichshof mit 40 000 Mark, die zweite Bau-rate für den Pavillon für diphtherische Kranke beim Krankenhaus am Friedrichshain 45 000 Mark und zwei kleine Bauten beim Krankenhaus Moabit. Im Ganzen wer-

sich sein Offizier-Patent, auf den Namen D'Brian lautend, außerdem ein Taschentuch mit dem Namen F. R. gekriegt und, was die Sache ganz unzweifelhaft macht, das Offizier-Patent auf den Namen Felix Rodenburg vom preussischen Neufährter Husaren-Regiment.“

„Freilich, dann ist's zweifellos, daß es dieser Rodenburg ist,“ meinte Bertha.

„Leider ist da durchaus kein Zweifel,“ stimmte auch Frau Amberg bei, „denn es steht ja fest, daß er unter dem Namen D'Brian in England unter das Freiwilligen-Regiment getreten ist.“

„Das würde noch nichts beweisen,“ versetzte Frau Elsner, denn der Name D'Brian ist in England und Schottland sehr häufig.“

„Aber das Offizier-Patent Felix Rodenburg's und das Taschentuch, das seinen Namen trägt, . . . wandte Bertha ein.“

„Ja, ja, das ist entscheidend, der unglückliche junge Mann hat ein sehr trauriges Ende nehmen müssen,“ klagte Käthchen.

„Und durch seinen Leichtsin,“ ergänzte Frau Elsner. „Warum ist er nicht hier geblieben, er hätte hier beim Militär große Karriere machen können, hätte später die reiche Erbschaft seines Vaters angetreten und also hier eine der angesehensten Personen sein können.“

„Auch über sein Verschwinden von hier waltet noch ein unaufgeklärtes Geheimniß,“ sagte Käthchen. „Es hat doch bis jetzt Niemand erfahren können, weshalb der junge Mann plötzlich fluchtartig sich entfernte, weshalb er niemals den Seinigen Nachricht von sich gegeben hat.“

„Man spricht von einem Verbrechen,“ antwortete Frau Elsner, „das er begangen hat, und welches ihm hätte den Kopf kosten können.“

„Das kann nicht sein,“ entgegnete Käthchen; „mein Mann hat den jungen Rodenburg gekannt und sehr hoch geschätzt. Er spricht nicht anders von ihm, als mit dem Ausdruck der höchsten Achtung. Er soll zwar ein feuriger und jähorniger junger Mann gewesen sein, aber durchaus ehrenhaft und eines Verbrechens nicht fähig.“

(Fortsetzung folgt.)

den so an dieser Stelle 793 200 Mark beantragt. Es handelt sich dabei um mehrere Bauten, welche erst angefangen werden sollen und deren Ausgaben auch noch mehrere folgende Etats belasten werden. Außerdem sollen noch auf dem Bau-Etat für höhere Schulen 745 000 Mark, für Gemeindefschulen 2 926 000 Mark, für verschiedene Schulzwecke 92 000 Mark. Es ergibt dies mit den zuerst aufgeführten Ansätzen für Hochbauten im Extraordinarium 4 770 414 Mark, dabei sind noch nicht berücksichtigt die Markthallenbauten, welche auf einem besonderen Etat stehen, und die erste Rate für den Bau des Polizei-Präsidiums, die noch eingefügt werden wird.

Unter den Bewerbern um die elektrische Beleuchtung Berlin befand sich auch der bekannte Regierungs-Assessor a. D. G. A. Plewe. Derselbe hatte offeriert, von der großen elektrischen Station im Ausstellungspark aus den Berliner Platz und die Straße Unter den Linden bis zur Friedrichstraße mit 34 Brush-Bogenlampen, jede von 2000 Normalkerzen Leuchtkraft, für den Preis von 0,50 M. pro Lampe und Stunde bei durchschnittlich sechsständiger Brennzzeit pro Abend zu beleuchten. Ferner hatte sich Herr Plewe bereit erklärt, für denjenigen Preis, den die Stadt Berlin gegenwärtig für die elektrische Beleuchtung des Potsdamer und Leipziger Platzes und der Leipziger bis zur Friedrichstraße zahlt, die elektrische Beleuchtung in derselben Straße von zusammen 36 Brush-Bogenlampen zu übernehmen. Der betreffende Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung hat diese Offerte nach längerer Beratung ad acta gelegt. Einerseits erscheint das von Herrn Plewe vertretene amerikanische System der oberirdischen Leitung für hiesige Verhältnisse wenig geeignet, ferner ist der Unterschied im Preise im Vergleich mit der Edison-Gesellschaft nicht bedeutend und schließlich hat sich Herr Plewe auch nicht bereit erklären können, eine Abgabe von der Brutto-Einnahme an die Stadt zu zahlen oder mit der Stadt einen ähnlichen Vertrag, wie den Edison'schen abzuschließen. Herr Plewe beabsichtigt, behufs Einstellung weiterer Veruche, ob der Betrieb der elektrischen Beleuchtung ein lohnendes Gewerbe sei, eine Gesellschaft mit 500 000 Mark ins Leben zu rufen und hat sich vorbehalten, eventuell später mit entsprechenden Offerten an die Stadt heranzutreten. Auf den Antrag des Herrn Plewe hat der Magistrat beschlossen, demselben den Königsplatz zur Anstellung dieser Veruche zu überlassen. — Was die „Allien-Gesellschaft städtischer Elektrizitätswerke“ betrifft, so wird nach dem Magistrat gewordenen Mittheilungen die praktische Thätigkeit derselben voraussichtlich Ende Mai nächsten Jahres beginnen.

Die Glätte der Trottoirs ist jetzt geradezu halbbrecherisch. Wohl mag die Aufsichtsbehörde ihre Freude an den spiegelblank abgeputzten Quadern haben, für die Passanten ist es ein bitteres Verden, auf denselben einherzuziehen zu müssen. Zu der nothwendigen Glätte kommt noch, daß die liebe Schuljugend der Versuchung nicht widerstehen kann, auf den blanken Steinflächen einherzuschlittern und so die Glätte noch mehr zu erhöhen. So bestehen z. B. die Trottoirs am Mariannenplatz und hinter dem Bethanien-Krankenhaus, am Bethanien-Ufer, jetzt lediglich aus einer einzigen langen Schlitzebahn, so daß man sich beim Begehen derselben kaum aufrecht zu halten vermag. Dazu kommt noch, daß die nebenher laufenden Parkwege ebenfalls mit Eis überzogen sind, so daß man sich auch auf diese nicht retten kann. Die Behörde würde sich wirklich ein Verdienst erwerben, wollte sie auf das Bestreuen der Trottoirs mit Sand oder Asche ein ebenso scharfes Augenmerk richten, wie auf das Reinigen derselben vom Schnee. Vielleicht würde dann auch die jetzt im Polizei-Bericht stehend gewordene Rubrik der Unfälle durch Hinstrützen wieder verschwinden.

Noble Herrschaften. Aus Sachsen erhält die „B.-Ztg.“ unterm 1. Dezember folgendes Schreiben: Am heutigen Tage ist besonders in den Städten eine größere Anzahl von Dienstmädchen, natürlich nach vorheriger Kündigung, entlassen worden. Und wo die Kündigung nicht stattgefunden hatte, wurde irgend ein Grund herbeigeführt, welcher die Entlassung formell rechtfertigte. Weßhalb aber, wird der Leser fragen, fanden diese Entlassungen gerade am 1. Dezember statt? Weil man den Dienstmädchen die ausbehebenden Weihnachtsgeschenke nicht geben will. Die keineswegs arbeiterfreundlichen „Dresdener Nachrichten“ wissen in dieser Beziehung sogar zu berichten, daß im vorigen Jahre ein bekannter, sehr frommer Dresdener Herr seine beiden Dienstmädchen aus dem angeführten Grunde entlassen habe. — Wenn die Mädchen nahezu ein Jahr treu und redlich gedient haben, so ist es fast ein Verbrechen, dieselben aus irgend einem nichtigen Grunde zu entlassen, um einige Mark zu sparen und den Mädchen noch obendrein die Weihnachtsgeschenke zu verweigern. Manche Hausfrauen sollen sich gar dieses „Verbrechens“ als eines Altes luger Sparsamkeit rühmen. Diese Unsitte dürfte nicht nur in Sachsen vorkommen. Uebrigens springt es in die Augen, daß derartige Verfahren wohl geeignet ist, die Dienstmädchen zu verderben und sie zur Untreue zu verleiten. — Ob's bei uns nicht manchmal ebenso ist — wer kann's wissen?!

Ein Kollidie wurde gestern von einem Kollidischer bei der Zhat ergriffen und zur Haft gebracht. Der Kollidiche halte auf seiner Fahrt wahrgenommen, daß ihm drei Personen in Veracht erregender Weise solaten. Als er vor dem Hause Poststraße 5 anhielt und ein Poedel in einem im Hof belegenen Geschäft abgeben wollte, sah er einen der drei Männer, die seinem Wagen bedächtig gefolgt waren, ein etwa 12 Kilo schweres Kolo, Lamachus im Werthe von 100 M. enthaltend, vom Wagen an sich nehmen und sich damit entfernen. Der Kollidiche eilte dem Di-b schnell nach und es gelang ihm, denselben, einen wegen Kollidiebstahls bereits bestrafte Weder K., festzunehmen.

Jugendliche Schwindlerin. Zu einem in der Lindenstraße nahe dem Kammergericht wohnenden Schuhmacher kam am 24. v. Mts. ein junges, anständig gekleidetes Mädchen, welches sich Meta Bielsch nannte, und sich nach ihrem Bruder, einem am Kammergericht arbeitenden Referendar, erkundigte, da derselbe in dem vom Schuhmacher bewohnten Hause wohnen sollte. Als der Schuhmacher nach der von ihm beim Bierwirt eingezogenen Erkundigung dem Mädchen mittheilte, daß ihr Bruder daselbst nicht wohne, fing die B., ein etwa 17 Jahre altes, recht hübsches Mädchen, an zu weinen, weil sie nun nicht wüßte, wo sie ihren Bruder suchen sollte und in Berlin gänzlich verlassen stände. Die angebliche Bielsch erzählte nun, daß sie aus Stettin, wo ihre Eltern als Rentiers wohnten, gekommen wäre, um sich der schlechten Behandlung ihrer Stiefmutter zu entziehen und Aufnahme bei ihrem älteren Bruder zu suchen. Der Schuhmacher und seine Frau empfanden Mitleid mit dem Mädchen und boten ihm Aufnahme in ihrer Wohnung für so lange an, bis sie ihren Bruder gefunden hätte. Die B. ging nun jeden Tag, angeblich um ihren Bruder zu suchen, auf längere Zeit aus, bis sie vor einigen Tagen ihrem Gastgeber erzählte, ihren Bruder in der Feilnerstraße ermittelt zu haben. Am Abend desselben Tages entfernte sich das Mädchen heimlich. Der menscherefreundliche Schuhmacher erfuhr am folgenden Tage durch Nachforschungen in der Feilnerstraße, daß er eine dem liederlichen Lebenswandel ergebene Schwindlerin mehrere Tage lang mit Kost und Logis unterhalten habe. Die bisher noch nicht ermittelte jugendliche Schwindlerin hat dunkelblondes Haar, trägt einen dunkelbraunen Sommerpaletot und dunkelblauen Rock mit Taille, ein schwarzes Barett sowie eine graue Bluse und ein weißes Käpchen.

Gerichts-Zeitung.

Freigesprochen. Die Frau des Baumeisters K. habe, wie erinnerlich, vor einiger Zeit auf dem Magdeburger Plage mehrere Blumentöpfe gekauft, von denen, wie sich später ergab,

einer derselben keine Wurzeln hatte. Gegen den Verkäufer, den Gärtner K., wurde damals das Strafverfahren wegen Betruges eingeleitet und K. auch zur Strafe von 15 Mark verurtheilt. Gegen dieses Urtheil war aber Berufung eingelegt, und so kam die Angelegenheit gestern vor der sechsten Strafkammer des hiesigen Landgerichts I noch einmal zur Verhandlung. Trotzdem Beugene beigebracht wurden, daß der Blumentopf sich beim Anheben leicht aus der im Topf befindlichen Erde herausziehen ließ, weil der Pflanzenstamm keine Wurzeln hatte, erfolgte doch die Freisprechung des Gärtners, und zwar mit Rücksicht darauf, daß er den Blumentopf nicht selbst gezogen, denselben vielmehr mit anderen von einem auswärtig wohnenden Engros'händler gekauft und so nicht gewußt habe und wissen konnte, wie es mit dem Blumentopf beschaffen sei. Die entstandenen Gerichtskosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Studenten-Glend. Ein Bild tiefsten Glends entrollte sich gestern vor dem Strafgerichte des Bezirksgerichtes Altst.-grund in Wien; die Geschichte des armen Studenten, der dort seinen Zimmer erzählte, mag nicht vereinzelt sein; vielleicht daß Andere noch mehr Widerstandskraft besitzen — Glend hat der gesterr. vor dem Strafrichter wegen Uebersetzung des Vertrages angeklagt gewesen Student genug erlitten. Unter den Häftlingen, welche gestern dem Richter des Bezirksgerichtes Dr. Gempere vergeführt wurden, befand sich auch der Student Josef Nimra. Er wurde in der vorliegenden Nacht halb erfroren von der Sicherheitswache aufgegriffen und auf dem Kommissariate hatte er selbst die Angabe gemacht, daß er seiner Quartiergeberin, der Tischlerwitwe Anna Kraus, 18 fl. 40 kr. Schulde, die er nicht bezahlen könne. Weil er sich heimlich aus seinem Unterstandsorte entfernt hatte, mußte er wegen Betruges angeklagt werden. Der junge Mensch schilderte dem Gerichte in folgender Weise sein Glend: Ich bin von Prag, wofür ich an der juristischen Fakultät inskribirt war, nach Wien gekommen, um hier meine Studien fortzusetzen, und ich trug mich mit der Hoffnung, daß es mir gelingen werde, Lectionen oder einen Hofmeisterposten zu bekommen. Meine Bemühungen erwiesen sich jedoch als erfolglos; ich verkaufte anfangs Wäsche, Kleider, Bücher und zuletzt blieb mir, nachdem ich auch mein Bilet verkauft hatte, noch der Ueberzieher übrig, den ich am Leibe trage. Jetzt habe ich nichts mehr zu verkaufen, und nun lerne ich kennen, was Hunger sei; aber ich hatte noch ein Quartier, d. h. Kredit bei meiner Zimmerfrau, und wenn ich mich Abends hungrig niederlegte, noch immer die Hoffnung, daß mir der nächste Tag eine Lection bringen werde. Freilich, wenn ich meine Kleidung, meine zerfetzten Stiefel ansah, da schwand diese Hoffnung ein wenig, denn ich befürchtete, daß der persönliche Eindruck, den ich machen werde, wenn ich in die Loge kommen sollte, mich irgendwo vorzuführen, kein glänzender sein werde. Und so war's auch; ich ließ mir die Füße mund, stellte mich hier und dort vor, aber überall fand ich ein mitleidiges Achseln und verschlossene Thüren. Meiner Quartiergeberin, die im Zahlung drang, hatte ich alle möglichen Zusicherungen gemacht, freilich nicht in betäubiger Weise, sondern weil ich ja doch hoffte, daß bei mir eine Wendung zum Besseren eintreten werde. Eines Tages stand ich des Morgens auf, ich hatte vierundzwanzig Stunden schon nichts gegessen, zum Verkaufen hatte ich nichts mehr, und nun ward's wüst in meinem Kopfe; ich beschloß, meinem elenden Dasein ein Ende zu machen. Zu vor wollte ich noch einen Versuch machen, einen einige Stationen von Wien wohnenden Verwandten aufzusuchen, und wanderte bis nach Gänzerndorf, hungrig und frierend. — Richter: Dort haben Sie den Versuch gemacht, sich von einem Buge überfahren zu lassen? — Angekl.: Dieser Gedanke kam mir plötzlich, ich legte mich auf ein Geleise und empfahl meine Seele Gott. Leider wurde ich bemerkt, und nicht arretirt zu werden, ließ ich, so schnell mich meine Beine trugen, vom Bahnkörper weg. Bei mitleidigen Bauern erbettelte ich mir ein paar Kreuzer und schreite wieder nach Wien zurück, warum ich das that, weiß ich selbst nicht. Zu meiner Quartiergeberin konnte und wollte ich nicht mehr zurückkehren, und so wanderte ich denn in der Nacht die Straßen der K. H. den ab. Ermüdet, sank ich vor einem Hausthore nieder, die ich die Mähelheit, die ich zwei Tage vorher genossen, waren 8 gebratene Erdäpfel. Seitdem hatte ich nicht einen Bissen im Munde. Der Schlaf übermannte mich, plötzlich fühlte ich mich aufgetaucht und sah einen Siderheitswachmann vor mir. Was jetzt geschah, das wissen ja Herr Richter. Die Quartiergeberin des Studenten, Frau Anna Kraus, erklärte, daß sie sich nicht für beschädigt fühle. „Man kann ja“, sagte sie, „nicht wissen, aus dem Herrn von Nimra kann noch einmal ein großer Herr werden.“ Bei solchen Auspizien, entgegnete der Angeklagte wehmüthig lächelnd, „ist wohl wenig Aussicht hiesu vorhanden.“ „Studirt hat der Herr von Nimra“, theilte Frau Kraus dem Richter mit, „sehr fleißig, ich gab die Hoffnung nicht auf, aus dem Herrn wird noch amal was.“ Da die gute Frau ihre Erklärung, daß sie sich nicht für beschädigt fühle, aufrecht hielt, sprach der Richter den Angeklagten frei. Leider, sagte der Richter dem freisprechenden Erkenntnis hinzu, muß ich Sie der Polizei überstellen, da Sie substanzlos sind, und deshalb dürfen Sie auch mittels Schuld in Ihre Heimath befördert werden. Haben Sie denn Niemanden, der sich Ihrer annehmen würde? — Angekl.: Hier leider Niemanden. — Richter: Ich verstehe, daß ich Theilnahme für Sie empfinde; aber leider vermag ich selbst nichts für Sie zu thun. Nun, heute bleiben Sie noch bei uns im Arreste und werden hier ausgepeist werden. Geben Sie die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht auf. Mit diesen Worten entläßt der humane Richter den Angeklagten. Der Siderheitswachmann eskortirt ihn zurück in die Zelle. Dort ist's warm und er ist für den Tag gegen den Hunger geschützt. Was weiter aus dem armen Studenten wird — wer kann es wissen?

Frankfurt, 1. Dezember. (Landgericht.) Der bereits angeklagte Prosch gegen die 16 Sozialdemokraten wegen Verletzung gegen § 11 des Ausnahmengesetzes wurde heute verhandelt. Von den Angeklagten fehlt nur einer im Termin und die Anklage gegen denselben wird vertagt. Die vorhandenen Angeklagten sind die Schuhmacher Wilhelm Wend von Kassel, Ludwig Schumann von Wabstätt, Alexander Waldemar Andersen von hier, Wilhelm Joseph Schloffer von Niederweilungen, Franz Rader Ring aus Rempten und Philipp Benzol aus Dreieichenhain, ferner die Schreiner Josef Rat von Frankfurt, Peter Willmuth von Niederroden, Franz Fächer von Seligenstadt und Johann Hedderich von Biezenberg, der Schloffer Adolf August Vetter aus Großglogau, der Sengler Karl Wilhelm Jäger von hier, endlich Konrad Hochstein von hier, Leopold Kary aus Gernersheim und Ernst Friedrich Schwind aus Herzheim. Gegenstand der Anklage ist die Verbreitung eines auf Grund des Ausnahmegesetzes von der Reichshauptmannschaft in Leipzig erbotenen Wahlaufsatzes, der in Stuttgart gedruckt, von dem Parteiausführer erlassen und wie in Leipzig so daher bei der Reichstagswahl-Agitation vertheilt worden ist. Sämmtliche Angeklagte bestritten, daß ihnen das Verbot bekannt gewesen. Die Vertheilung des Flugblattes gaben sie Alle zu bis auf Vetter, Schwind und Kary. Vetter soll in Bonames Importirt haben, will aber gar nicht dort gewesen sein. Er wird aber von dem dortigen Gendarm und Nachwachter recognoscirt. Er gab sich, als er vom Gendarm angehalten wurde, den falschen Namen Müller und machte einen Rücktritt. Der Staatsanwalt Herr Dr. Frehe ließ die Anklage fallen, nur gegen Vetter nicht, da er annimmt, daß die Uebrigen von dem Inhalt des Flugblattes nicht gewußt haben. Der Strafanklag lautete gegen Vetter auf 50 und außerdem 15 M. wegen falschen Namens, gegen Schwind auf 30, gegen die Andern auf 15 M.; der Strafkammer bleibt es überlassen, ob sie Kary freisprechen wolle. Der Verteidiger Herr Dr. Oppitz anerkennt die

Milde des Straftrags und bestritt, daß das Verbot in Leipzig sich auf die in Frankfurt verbreiteten Wahlaufsätze beziehen könne. Die Vertheidigung beantragt für alle Angeklagten mit Einschluß von Vetter die Freisprechung. Die Kammer erkennt gegen Alle die gleiche Verurteilung, 5 M. nur Vetter wird wegen des falschen Namens noch zu weiteren 5 M. verurtheilt.

Arbeiterbewegung, Vereine und Versammlungen.

Die vorletzte diesjährige Versammlung von Werkstatt-Delegirten der Tischler fand unter zahlreicher Theilnahme am Dienstag Abend im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37, mit folgender Tagesordnung statt: „Die Erhebungen der Vertrauensmänner in Betreff der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Tischler.“ Referent, Herr Ködel, konnte aus den bis jetzt vorliegenden Listen und Fragebogen konstatiren, daß die meisten großen und besseren Werkstätten sich der Bewegung angeschlossen hätten und die programmatische Arbeitszeit inne hielten, daß dagegen die kleinen Werkstätten sich weniger, als wünschenswerth sei, an der Bewegung beteiligten und in der Ueberschreitung der stipulirten Arbeitszeit das Mögliche leisteten. Die Kommission wird nunmehr ein schärferes Augenmerk auf dieselben richten und in anderer Weise, als bisher, gegen dieselben vorgehen. Im Allgemeinen könne die Kommission mit der Institution der Vertrauensmänner sehr wohl zufrieden sein und verspreche sie sich die besten Resultate davon. Auch von der Meisterschaft werden die Vertrauensmänner anerkannt und größtentheils ihnen sehr rüchrichtsvoll bezeugt; es sollten daher die Kollegen das ihrige thun, um denselben das schwierige Amt thumlichst zu erleichtern. Wenn jetzt in der stillen Winterzeit die innere Organisation ordentlich ausgebaut würde, könne im nächsten Frühjahr mit gutem Muthe und der besten Aussicht auf Erfolg an die Durchführung der Minimaltarife gegangen werden. — Im Anschluß hieran fand eine Besprechung interner Werkstattangelegenheiten statt. — Laut Beschluß einer, nach der Arbeitszeitung bei Ost u. Prud im Rothbader'schen Lokale, Belle-Alliance-Straße, stattgehabten öffentlichen Versammlung von Baufachlern war die Kommission als damaliges Bureau der Versammlung einer Audienz eingekommen und ist nunmehr auf dieses Gesicht dem Hauptoffizier, Herrn Ködel, nachstehender Bescheid zugegangen: „Auf die Vorstellung vom 17. d. M. gereicht Em. Wohlgeboren zum Bescheid, daß ich nicht in der Lage bin, die nachgesuchte Audienz zu bewilligen. Ich gebe indessen anheim, falls Sie Vorschläge zu Verbesserungen im staatlichen Submissionswesen zu machen wünschen, dieselben schriftlich vorzutragen. Der Minister für öffentliche Arbeiten. Im Auftrage: Schneider.“

Die Kommission wird demzufolge eine Denkschrift, wegen der Arbeitseinstellung bei Ost und Prud genügender Material geliefert hat, welche dem Minister für öffentliche Arbeiten unterbreitet werden soll, ausarbeiten und der nächsten, regelmäßig stattfindenden Delegirten-Versammlung vorlegen. Man hofft, daß die zu machenden Vorschläge bereits bei den für das nächste Frühjahr geplanten staatlichen Bauten praktische Bewerthung finden mögen.

Eine Vertrauensmänner-Versammlung der Arbeiter-Partei im VI. Berliner Reichstagswahlkreise fand vorgestern Abend unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Emald statt. Im Anfang der Versammlung erklärte der Vorsitzende, daß er auf jede Kandidatur im VI. Wahlkreise verzichte und der Versammlung die Kandidatur des Tischler Pfannkuch in Kassel warm empfehle. Bei der Abstimmung wurde die Kandidatur desselben mit allen gegen eine Stimme angenommen und somit derselbe vom Vorstehenden offiziell als der Kandidat der Arbeiterpartei im VI. Berliner Reichstagswahlkreise proklamirt.

Der Verein der Einseger hält Sonntag, den 7. Dezember, Vormittags 10 Uhr, im Vereinslokale, Holzmarktstr. 8, seine regelmäßige Versammlung ab. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission über das Resultat des Einseger Vereins SW. 2. Festsetzung einer Generalversammlung am 14. d. M. betreffend des Vorstandes. Gleichzeitig werden diejenigen Mitglieder, welche ihren statutenmäßigen Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, auf § 4 des Vereinsstatuts aufmerksam gemacht. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Aus Philadelphia wird ein neuer Fall von Kannibalismus gemeldet. Drei Mitglieder der Mannschaft eines bei Lewes, in Delaware, stationirten Lootenbootes verließen ihr Boot und trieben in einem Netzen in das Meer hinaus. Nach einigen Tagen der größten Entbehrungen aßen zwei der Männer Theile der Leiche ihres Gefährten, der seinen Leiden erlegen war. Die zwei Männer wurden später von einem vorbeifahrenden Schiffe aufgenommen.

Der Friedensstifter zur See. Aus Wien wird der „Schif. Bg.“ geschrieben: „In Fiume ist vor einigen Tagen eine größere nordamerikanische Fregatte eingetroffen, um von der dortigen Torpedofabrik Geschosse mitzunehmen. Der Kommandant dieser Fregatte erzählte, daß in New-York nach den Plänen des Professors J. S. Ved ein Torpedoboot ganz neuer Art gebaut wurde. Dasselbe, ganz aus Eisen gearbeitet und nur neun Meter lang, kostet nicht mehr als 16 000 Dollars. Die Fortbewegung des Schiffes geschieht durch Elektricität. Die Bemannung besteht nur aus zwei Leuten: aus dem leitenden Kapitän und dem Elektromechaniker. Der Kapitän befindet sich, belledet mit einem Schwimmschild, in einem am Hintertheile des Schiffes befindlichen tonnenförmigen Raum, in dem auch das Steuer und jene Apparate sind, mittels welcher er das Schiff durch Aufnahme von Wasser in die dazu bestimmten Reservoirs senken und dem in einem luftdichten Raum eingeschlossenen Maschinen Beschiele ertönen kann. Luft wird in komprimirtem Zustande mitgeführt. Die Torpedos werden, vom Schiffe ganz unabhängig, mitgezogen. Ausgestattet mit einem aus Electro-Magnetismus beruhenden Apparate, können sie ganz unbemerkt unter den Kiel der dem Verderben geweihten Panzerungstürme gelegt und, während sich das unterseeische Boot zurückbewegt, zur Explosion gebracht werden. Professor Ved versichert, daß sein Schiff, ohne an der Oberfläche des Meeres erscheinen zu müssen, fünfzehn Seemeilen zurücklegen und ohne das mindeste Aufsehen unter dem Meere eines mit einer Geschwindigkeit von zehn Knoten per Stunde fahrenden Schiffes operiren kann. Professor Ved nennt sein Schiff „Peacemaker“ (Friedensstifter), da er durch dasselbe alle Kriege zu Wasser unmöglich machen zu können glaubt.“ — Professor Ved scheint sich, wenn das obige wahr ist, auf die Torpedos besser zu verstehen, als auf die Menschen.

Gemeinnütziges.

Scheintod kleiner Kinder. Bei kleinen Scheintodten Kindern, die man leicht haben kann, verfähre man, während man inzwischen zum Arzte schick, auf folgende Weise: Man ersaft sie von hinten u. oben an den Schultern, sodas die Daumen vorn und die Handflächen an Rücken liegen. Schwingt dann den Körper bis zur waagrechten Lage vorwärts in die Höhe und läßt ihn wieder zurückfallen, wodurch eine abwechselnde Erweiterung und Berengung des Brustkastens erzielt wird. Judern der Haut. Wer nach dem Nassen Baden der Haut wasche damit nach, worauf das Fuchsen und Brennen sofort aufhört.

Herr Eugen Richter und der Etat.

Gegenüber der Eugen Richter'schen Staatsrede von schlagender Wirkung die Bemerkung des Abgeordneten Bebel, daß Herr Richter am wenigsten der Behauptung berechtigt sei, daß der gegenwärtige Etat mit seinem Defizit den besten Beweis von dem Zusammenbruch seit 1878 getriebenen Wirtschaft- und Finanzpolitik Herr Richter und seine Partei haben doch seit 1878 den Etat im Großen und Ganzen schließlich gut geheißen; seien also ebenso verantwortlich für die jetzige Finanzlage, wie die Rechte und die Mittelparteien und er habe auch kein Recht, diese Parteien besonders für den gegenwärtigen Budgetzustand verantwortlich zu machen. — Auch gegenüber den bekannten Reden des Herrn Eugen Richter und Genossen betreffs der Militärverwaltung bezieht Bebel, daß, wenn man das jetzige Militärsystem und den Armee-Etat als unannehmbar betrachtet, er gar nicht ansehe, die sparsame Wirtschaft der Militärverwaltung anzuerkennen, eine Militärgesellschaft würde kostspieliger die Verwaltung führen. Es kann gegenüber den auf den gedankenlosen Philister beschnittenen Kraftreden des Herrn Eugen Richter und Genossen nicht genug hervorgehoben werden, daß es ihnen überhaupt nicht Ernst ist mit ihrer Opposition. Der die Eugen Richter'schen Reden liest, muß sich doch offen sagen: diesem Etat, der so fehlerhaft ist und so verderblich wirkt, (nach Eugen Richter) allen Grundsätzen gesunder Finanzpolitik ins Gesicht schlägt, kann ich nie und nimmer meine Zustimmung geben. Aber — bei jeder Schlussabstimmung über den Gesamtetat geben die Herren Richter und Genossen ihr Ja und Amen zu eben demselben Etat, gegen den sie vorher alles mögliche ausgesprochen haben. Dieses Allesgeplösel befolgt Herr Richter bezüglich des Militärsystems. Erkennt man, wie es Herr Richter ja immer betont, die allgemeine Vortrefflichkeit des bestehenden Militärsystems an, dann muß man auch begreifen, daß in diesem System auch etwas Glanz und Prunk, die Sonderstellung des Offizierskorps, die zur Behauptung des Ansehens derselben notwendigen Ausgaben und Einrichtungen erforderlich sind, dann sind auch die etwaigen Einwürfe und kritischen Betrachtungen im Rahmen sachlicher Diskussion zu erledigen, denn es sind ja nur solche, wie sie in militärischen Kreisen selbst besprochen werden und im „Militär-Anzeiger“ fogar den Gegenstand mannigfaltiger Abhandlungen bilden.

Den Kern des bestehenden Militärsystems wagt Herr Richter nicht anzugreifen, und daher spahrt er nur umher, er nicht an der Schale einen kleinen Flecken entdecken kann. Die 500 Millionen für Militärzwecke bewilligt er gern, wenn er nur nachweisen kann, daß statt 6 Knöpfen der Uniform 5 genügen würden und daß in ähnlicher Weise hier und dort eine Bagatelle erspart werden könnte. Er ehrent auch die Sparamkeit im Kleinen, aber man soll nicht aus der Mäde einen Elefanten machen. Stellt man sich auf den Standpunkt des Herrn Eugen Richter, daß man den Kern unseres Militärsystems als berechtigt anerkennen muß, dann muß man sogar sagen, daß die bisherigen Ausgaben lange nicht ausreichend sind. Es würde in erster Linie z. B. eine bessere Verpflegung und Bekleidung der Soldaten anzustreben sein. Ebenso verhält es sich betreffs des übrigen Etats. Es wird wohl niemand bezweifeln, daß den Beamten der Post und der Eisenbahn eine Verbesserung ihrer Lage und eine Erleichterung des Dienstes durch Vermehrung des Personals zu gönnen ist, und ebenso wäre wohl den Arbeitern der Staatswerke eine Aufbesserung ihrer Verhältnisse, eine größere Sicherstellung ihrer Lebenslage zu wünschen. Die Aufgabe einer wahrhaft volksfreundlichen Politik wäre es nun, daran zu streben, daß das ganze Verwaltungs- und Wirtschaftssystem sich solchen Erfordernissen anpasse. Wo Herr Richter Unbilliges angreift, macht er nie den Eindruck, als ob die Beseitigung derselben Zweck seiner Angriffe sei. Herr Eugen Richter und seine Freunde werden es auch diesmal nicht unterlassen, an allen Ecken und Enden herumzunörgeln, aber sie werden, wie sie es bisher gethan, auch diesmal zum Schluß ihr Ja und Amen sagen.

Politische Uebersicht.

Was hat das deutsche Volk die Verlängerung des Wahlgesetzes zu verdanken? Diese Frage ist schon oft gestellt und oft beantwortet worden. Während die Einen behaupten, daß nur die konservativen, die nationalliberalen und die Zentrumspartei dafür verantwortlich zu machen seien, behaupten die Anderen, daß die Schuld einzig und allein die deutsche-freisinnige Partei treffe. Man ging von letzterer aus sogar so weit, daß man den Deutsch-Freisinnigen den Vorwurf machte, sie hätten aus Furcht vor der Auflösung des Reichstages, die zur Annahme des Sozialistengesetzes erforderlich Anzahl Stimmen „abkommandirt“. Die Herren Freisinnigen haben sich hierüber stets sehr echauffirt gezeigt und eine derartige Behauptung als ein perfides Manöver hingestellt. Man hat es gedauert, bis über diesen Punkt Klarheit gemacht werden konnte; jetzt endlich sind die Koulissen bei den Freunden und ein Blick genügt, um das Treiben dieser Partei in seiner ganzen Verwerflichkeit zu erkennen. In der am Dienstag Abend in Sommers Salon stattgehabten Versammlung wurde von Seiten eines Fortschrittlers, der die „Freisinnigen“ nicht mitgemacht hat, folgender Antrag gestellt: „In Anbetracht auf das Resultat der Reichstagswahlen fordert der Reichstags-Ausschuß der deutsch-freisinnigen Partei auf, das Programm der Partei in demokratischem Sinne zu erweitern und demnächst baldmöglichst einanderstehenden Parteitag vorzulegen.“ — Dieser Antrag erregte eine lebhafteste Debatte und die Herren Freisinnigen so hart aneinander, daß in der Hitze des Gefechts die Wahlrecht zum Vorschein kam. Der Dr. med. Kautz ergriff das Wort zum Vorschlag. Der Dr. med. Kautz ergriff das Wort zum Vorschlag. Der Dr. med. Kautz ergriff das Wort zum Vorschlag. Bei der Abstimmung über das Sozialistengesetz sind die Freisinnigen abkommandirt worden, die für das Sozialistengesetz stimmten sollten. (Kuhle Wewe!) Meine Herren, das ist eine Thatsache, die ich beweisen kann, es sind einzelne Abgeordnete schriftlich auf-

träge gelangt, sie möchten für das Gesetz stimmen. Man beschränkte bei einer event. Auflösung des Reichstages eine Niederlage der Partei.“ — Nachdem in Folge dieser Behauptung die nachfolgenden Redner den Herrn Kautz heftig angegriffen hatten, sah sich derselbe genöthigt, noch ganz besonders die Richtigkeit seiner Ausführungen zu betonen und zu erklären, daß die schriftlichen Aufforderungen an die freisinnigen Abgeordneten die Unterschrift: Ludolf Parisius. In Austra — trugen. — Wir denken, das genügt! Nun wissen wir also, wie es hinter den Koulissen bei den „Freisinnigen“ aussieht! Sollte diesen Deuten nicht die Schamröthe ob ihres jämmerlichen Benehmens ins Gesicht steigen? — Wir glauben nicht! Das deutsche Volk aber wird endlich einmal wissen, was es von diesen „freisinnigen“ Heiden zu erwarten hat. Kein Treu und Nützlich wird im Stande sein, den edelhaften Geruch von dieser Partei zu entfernen und alle Seife wird nicht hinreichen, sie wieder weiß zu waschen.

Die heutige sog. Wahlfreiheit charakterisirt wiederum folgender Vorfall, der dem „B. C.“ aus dem Kreise Zauch-Belzig-Füterbogk-Luckenwalde mitgetheilt wird, woselbst bekanntlich Dr. Kropatschek gewählt wurde. In der Nähe von Luckenwalde liegt ein kleines Dorf, dessen männliche Bewohner sämmtlich bei dem dortigen Rittergutsbesitzer und Amtsvorsteher v. L. als Arbeiter thätig sind. Je kleiner ein Wahlbezirk ist, desto leichter ermöglicht sich die Kontrolle der Wähler, und so konnte denn Herr v. L. auch seine sämmtlichen siebenundvierzig Wähler recht gut kontrolliren. Er gab ihnen sämmtlich Fettel für Dr. Kropatschek und brachte auf jedem Fettel ein nur ihm bekanntes Zeichen, bei jedem Wahlzettel verschiedenartig an, worüber er sich eine Liste anlegte. Bei der Feststellung des Wahlergebnisses fand sich nun ein Wahlzettel unter den Namen des freisinnigen Kandidaten, Amtsvorsteher Mademacher, lautend, in der Wahlurne vor. Herr v. L. stellte aus seiner Signalliste den Uebeltäter fest und das Ende vom Liede war, der Mann wurde ohne Angabe von Gründen aus der Arbeit entlassen.

Aus Dortmund wird unterm 28. November berichtet: Heute ist von hier ein umfangreiches Schriftstück an den Reichstag abgeschickt worden, in welchem Beschwerde geführt wird, hauptsächlich wegen der Annahme ungültiger (weil dieselben äußerlich erkennbar) Stimmzettel einiger Wahlvorstände. Dem Schreiben liegen acht verschiedene Sorten von geschwundenen Stimmzetteln bei, welche nicht geringes Aufsehen im Reichstage hervorrufen werden.

Aus Kassel ist ein Protest der dortigen Arbeiterpartei gegen die Wahl des konservativen Dr. Vogt abgegangen. Es wird in dem Proteste u. A. angeführt, daß Personen, welche Armenunterstützung empfangen, sowie unter Kuratel stehende Personen zur Wahl zugelassen worden seien; daß zwei Wähler, weil sie über 70 Jahre alt gewesen, von der Wahl ausgeschlossen worden seien, daß in verschiedenen Gemeinden durch zu frühen Schluß der Wahlhandlung eine Anzahl Wähler an der Ausübung ihres Wahlrechts behindert worden sei; daß in einem Falle unter ca. 20 auf diese Art zurückgewiesenen Wählern einer, weil man geglaubt hatte, er wähle den konservativen Kandidaten, noch zur Wahl zugelassen bezw. vom Wahlvorstand zur Wahl aufgefordert worden sei; daß die durch in öffentlicher Stellung befindlichen Personen bewirkte Abholung und Vernichtung der Stimmzettel für Pfankuch keine Seltenheit geblieben sei; daß die Auslegung der Stimmzettel für Dr. Vogt neben der Wahlurne bezw. die Verteilung solcher Stimmzettel im Wahllokal in vielen Orten stattgefunden habe. — Da diese Punkte alle nachweisbar sein sollen, so darf man bei der Majorität von 94 Stimmen für den jetzigen Reichstagsabgeordneten auf den Entschluß des Reichstags immerhin gespannt sein.

Frankreich. Die „Bos. Zeit.“ erhält von einem Korrespondenten einen längeren Bericht über die Vorgänge in und nach der oft genannten Anarchisten-Versammlung in Paris, dem wir Folgendes entnehmen: „Man muß sagen, daß die Gegenpolizei der Revolutionäre merkwürdig gut gemacht wird. Wenn der Polizeipräsident seine Leute im Lager der Anarchisten hat, so scheint auch die Redaktion des „Cri de peuple“ ihre Agenten in der zweiten Brigade der Polizeipräsidentur zu haben. Sonst wäre es unerklärlich, daß man den des Spionirens beschuldigten Anarchisten nicht nur das Pseudonym, unter dem sie für die Geheimpolizei arbeiten, sondern auch das genaue Datum ihrer Anwerbung, den Betrag ihres Soldes und die einzelnen von ihnen begangenen Verbrechen vorhalten könnte. Der ganze Feldzug, den das sozialdemokratische Organ begonnen hat ist in hohem Grade bezeichnend. Verschwörungen sind in Frankreich seit der großen Revolution nichts Seltenes. Vom Direktorium bis zur dritten Republik hat jedes Regime seine Konspirationen gehabt. Aber regelmäßig sah inmitten der Verschwörungen ein Vertreter der Polizei und oft genug, besonders unter Ludwig Philipp und Napoleon dem Dritten war es sogar dieser Vertreter der Polizei, der die ganze Verschwörung erlind und leitete.“

Die Abstimmung in der Deputiertenkammer über das Wahlgesetz hat lebhafte Erregung hervorgerufen, welche nahezu zu einer Ministerkrise geführt hätte. Das Ministerium soll beabsichtigen, das von der Kammer beschlossene Wahlgesetz dem Senate zu unterbreiten, der ungewissheit das Amendement Flequet verwirft. Sodann geht die Vorlage an die Kammer zurück, in welcher das Ministerium die Kabinettsfrage stellen wird.

Die „Times“ läßt sich aus Hongkong von gestern melden, unter der französischen Flottenmannschaft vor Formosa seien Cholerafälle vorgekommen. Spanien. Der Protest, welchen die spanischen Studenten gegen das Verfahren der Regierung veröffentlicht haben, hat folgenden Wortlaut: „Wir, spanische Studenten, fühlen uns verwundet in dem edelsten der Gefühle, welche die Jugend begeistert, in dem Bewußtsein unserer Würde. Wir werden unterdrückt und tyrannisiert von einer verdorbenen und despotischen Regierung. Wir haben vergebens Gerechtigkeit und Schrey verlangt und protestiren deshalb feierlich vor dem ganzen wissenschaftlichen Europa und vor der zivilisirten Welt gegen die ungreiflichen Handlungen, deren Opfer wir geworden sind; gegen die Verletzung unserer Rechte; gegen die namenlosen Verbrechen, die, in der Geschichte ohne Beispiel, am 19., 20., 21. und 22. November im vollen Tageslichte und vor den Augen von ganz Madrid begangen worden sind. Wir machten bloß eine einfache Kundgebung zu Gunsten der Freiheit des Professors und der Wissenschaft, wie sie von der Körperlichkeit der Unwissenheit gemindert und reklamiert und von dem Ministerium des Innern angenommen worden war und deren Grenze nur die Klugheit, deren Gesetz nur das Gewissen der Professoren sein sollte. Diese Freiheit erschien einigen Bischöfen zu groß, sie protestirten und haben sogar die Rede unseres berühmten Professors Moranta mit dem Bannfluch belegt. Wir übernahmen die Verteidigung

unserer Rechte, indem wir unserem Unwillen darüber Ausdruck gaben, wie es die Jugend fast immer gethan hat, und einige Privats ausbrachten. Das genügte der Regierung, uns zu verfolgen, uns ins Gefängnis zu schleppen, die Geleise der Universität zu verlegen, indem sie ihre Garden dort eindringen ließ (trotz des Einspruchs unseres Rektors). Die Universität verwandelte sich in einen Schauplatz des Vandakismus, wie er selbst den barbarischsten Ländern und den dunkelsten Jahrhunderten zur Schande gereicht. Die Topa wurde durch die Schutzwächter des Friedens (die alleinigen Förderer der Unordnung) geschändet; zwölfjährige Kinder wurden schwer verwundet, Revolver und Säbel traten zum ersten Male an die Stelle der väterlichen Ermahnungen unserer Lehrer, das Blut floß. Ansehts des Despotismus, der Ungerechtigkeit und Parteilichkeit unserer Regierung, die weder Klugheit noch Vernunft, weder Recht noch Verdienst, weder Alter noch Wissen anerkennen, appelliren wir an Europa. Nun möge Europa richten! Die spanischen Studenten.“

Ueber die Gefahren der Arbeit am Panama-Kanal bringen die New-Yorker Zeitungen Berichte, welchen wir Nachstehendes entnehmen. An dem Kanalbau sind ca. 40 000 Arbeiter beschäftigt, die sich auf die Strecken zwischen Colou oder Nepinwal und Panama verteilen. Der Verdienst ist allerdings ein guter; geschickte Handwerker erhalten 5/8 Dollar (ca. 23 M.), Handlanger 3-4 Dollar (13-17 M.) per Tag. Die Sterblichkeit unter den Arbeitern ist aber eine ungeheure. Hunderte der Arbeiter sterben monatlich und die Hospitaler sind beständig mit Kranken gefüllt. Von 10 Patienten sterben in der Regel 9. Bei dem Kanalbau kann man sagen, daß eine Ausgrabung von einem Fuß im Quadrat das Grab eines Arbeiters repräsentirt. Der Kanal wird 12 Fuß tief und 80 bis 90 Fuß breit. Die heftigen Regengüsse hemmen die Arbeit ungemein, indem sie die an den Kanalarbeiten aufgeschichteten Erdmassen in die Ausgrabung wieder hinabschwemmen. Da das Leben in jener Gegend noch ungemein theuer ist (10 bis 15 Dollar gleich 42-63 M. für eine schlechte Kost per Woche), so kann man wohl sagen, daß trotz der hohen Arbeitslöhne das Arbeiter-Risiko dort in noch erschreckenderem Maße gegeben ist, als in vielen Staaten Europas.

Nord-Amerika. Wie man der „Am. Corr.“ aus Washington schreibt, ist der Einfluß des deutschen Elementes auf die Gesetzgebung der Union in fortwährendem Steigen begriffen. In der gegenwärtigen Legislaturperiode der hauptsächlich von Deutschen bevölkerten Staaten befinden sich schon lange deutsch-amerikanische Abgeordnete, allein es sind noch keine 10 Jahre her, daß die Deutsch-Amerikaner im Repräsentantenhaus zu Washington nur durch ein einziges Mitglied, Gustav Schleicher von Texas, vertreten waren, während im Senat überhaupt nur ein einziger Deutscher, Karl Schurz, geblieben hat. Seit 10 Jahren ist die Zahl von deutsch-amerikanischen Kongressmitgliedern in stetigem Steigen begriffen. Karl Schleicher kamen zuerst 2, dann 3, im gegenwärtigen Kongresse stieg die Zahl auf 6 und im nächsten werden ziemlich ein Duzend Deutsche sitzen. Wiedergewählt sind J. S. Kleiner von Indiana und Richard Günther von Wisconsin; Ersterer ist Mitglied des 48. er Kongresses, Letzterer hat bereits gegenwärtig seinen zweiten Termin. Auch Nicolaus Müller von Newyork, der seit 1877, mit Ausnahme eines Termins Abgeordneter war, erscheint wieder an seinem alten Platze. Neue Männer sind Deetmann von Oregon, Joseph Pulitzer und B. Belmont von Newyork, Jakob Romeis von Toledo (Ohio), Egbert Biolo und W. G. Stahlmeeder von Newyork, Hermann Lehbach von Newyork (N. J.) und wahrscheinlich noch B. B. Weber im westlichen Newyork. Der Parteistellung nach gehören 6 der demokratischen und 5 der republikanischen Partei an. Es bleibt nur zu bedauern, daß der tüchtige Vertreter von Milwaukee, Mr. Deuster unterlegen ist. — Soweit dieser Bericht. Wir wissen aber, daß die deutschen Arbeiter Nord-Amerika's von diesen Korymben nichts erwarten, sie sind nicht besser aber mitunter noch schlechter als der edle Yankee in dem Repräsentantenhaus. Im Uebrigen kommt es in Amerika weniger darauf an, ob der gewählte Vertreter deutscher oder amerikanischer Abkunft ist, denn es giebt in Amerika in politischer und gewerblicher Beziehung nur Amerikaner.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 3. Dezember.

Präsident v. Wedell-Piesdorff eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 25 Minuten mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tisch des Reichsraths: Staatssekretär v. Bötticher, Geh. Ober-Reg.-Rath Vohmann und andere, später der Reichskanzler Fürst Bismarck.

In die Tagesordnung eintretend genehmigt das Haus zunächst den Antrag des Abgeordneten Munkel auf Einsetzung des gegen den Abgeordneten Dr. Müller wegen Beleidigung des kaiserlichen Bismarck vor dem Landgericht zu Bromberg schwebenden Staatsverfahrens für die Dauer der Session und tritt dann in die Beratung des Antrages des Abgeordneten Dr. Winkhorst wegen Aufhebung des Expatirungsgesetzes. Die Debatte leitet ein der

Abg. Dr. Winkhorst, indem er die Annahme des Antrages empfiehlt, weist darauf hin, daß der Antrag wiederholt vom Reichstage schon angenommen, vom Bundesrath verworfen worden, wodurch dem Volke ein tiefer Schmerz bereitet worden. (Zustimmung.) Da komme man zu der Frage, ob unter solchen Umständen in Deutschland das Parlament noch eine Bedeutung habe. (Sehr richtig.) Ueber die Grenzen Deutschlands hinaus habe man diese lächerlichste Behandlung empfunden. Als die Wogen des Kulturkampfes am höchsten gingen, habe man das Gesetz erlassen, das nicht bloß den niederen Clerus, sondern auch die Bischöfe gefährdete. Nicht einmal das Sozialistengesetz habe solche Härten geschaffen, denn die Sozialisten könnten wenigstens im Vaterlande bleiben. Man könne die Frage aufwerfen, ob der Bundesrath seinen übertriebenen Bescheid nicht etwa zurück ziehen wolle; für diesen Fall solle sein Antrag nicht präjudiciren. Man könne auch einwenden, es wäre nicht nöthig, den Antrag sofort zu wiederholen. Ja wann solle er denn wiederholt werden? Der Antrag solle die erregten Gemüther wieder beruhigen und darum habe er ihn sofort eingebracht, und deshalb sei er eine patriotische That. Wir sind von unsern Wählern beauftragt, zu fordern, was unser Recht ist, daß unsere Briefe nach dem einen Recht behandelt werden. Helfen man die Kräfte in der Weisheit, so kann sie ihre Aufgabe, die Autorität aufrecht zu erhalten, nicht erfüllen. Der Staat aber vermag mit seiner Allgewalt die Autorität nicht aufrecht zu halten. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. Graf v. Helldorf (Reichspartei) erklärt sich Namens seiner Partei gegen diesen Antrag, der erst vor Kurzem vom Bundesrath verworfen sei. Eine Annahme des

...wäre einen Mangel an Rücksicht gegen den Bundesrat. Der Antrag ist eine Demonstration, an der nicht teilzunehmen. (Widerspruch im Zentrum — Zustimmung rechts.)

Abg. Bloß (Sozialdemokrat): Meine Herren, wir lassen uns im Gegensatz zur rechten Seite durch den kürzlich gefassten Beschluß des Bundesrates in keiner Weise bestimmen. Wir werden nach wie vor für den Antrag eintreten, für den wir schon zweimal eingetreten sind, wie wir selbst schon die Abschaffung der Maizegebe beantragt haben. Ich muß es Ihnen offen gestehen, daß es uns diesmal etwas sauer wird, für den Antrag des Abg. Windthorst einzutreten und zwar aus anderen Gründen, als die, die wir vorher von den Herren Nationalliberalen hören werden, nämlich deshalb, weil uns die ganze Haltung des Zentrums in der vergangenen Legislaturperiode, wie wir sie beobachtet haben, dazu zwingt, doch die Gründe hier zu entwickeln, warum wir die Politik des Zentrums, trotzdem wir mit diesem Antrage einverstanden sind, verurteilen müssen, und warum es uns schwer wird, dem, was Herr Windthorst beantragt hat, beizustimmen. Für das, was wir in dieser Angelegenheit bisher gethan haben, und dafür, daß wir uns an dem Kulturkampf überhaupt nicht betheilig haben, daß wir die Maizegebe von Anfang an bekämpft haben, dafür ist uns der Dank geworden. Wir selbst haben uns darüber keineswegs gewundert, aber es ist doch einmal an der Zeit, den Herren das zu sagen, daß wir keineswegs in dieser Beziehung die Dupirten sind, sondern daß wir wohl wissen, in welcher Situation wir uns befinden, wenn wir auch heute wiederum dem Antrage Windthorst zustimmen werden. Diese Angelegenheit wird ja schließlich sehr bald zu Ende sein, und wir werden noch öfter Gelegenheit haben, uns damit zu beschäftigen, wenn auch uns die Sache etwas fern liegt, und wenn wir uns auch nicht soviel Kummer darüber machen, wie Herr Windthorst vorher darüber, wie es den ausgewiesenen Bischöfen gehen wird, die er in Vergleich gestellt hat zu den Leuten unserer Gesinnung, die ebenfalls unter einem solchen Ausweisungsgesetze stehen. Ich kann Sie versichern, es wird wohl schließlich einem Bischöfe, wenn er von seinem Wohnsitze und auch aus dem ganzen Vaterlande vertrieben wird, schwerlich so schlecht gehen, wie es manchen Leuten geht, die unsere Gesinnung theilen, wenn sie auch momentan nur von ihrem Wohnsitze vertrieben werden. Hier war diese Parallele sicherlich ungeschickt und am wenigsten geeignet, das Mitleid oder die Sympathie der Masse heranzuziehen. Was uns bestimmt, einmal eine veränderte Haltung gegen früher einzunehmen, liegt darin, daß die Haltung des Zentrums selbst eine andere geworden ist. Wir lassen uns auch garnicht dadurch täuschen, daß die Session wieder so beginnt, wie sie in der letzten Legislaturperiode auch schon begonnen hat. Das Zentrum möge doch einmal in sozialer Beziehung feste Stellung nehmen. Sie haben sich auch schon so oft geäußert, daß Sie der Hort gegen unsere Bewegung seien. Nun, ich glaube, das wird auch nur noch eine bestimmte Zeit dauern, daß Sie sich damit rühmen werden. Gerade die letzten Wahlen haben gezeigt, daß es mit diesem „Hort“ eine Wendung zu nehmen scheint. Ich versichere Sie auch, daß in dem Momente, wo die Versöhnung mit der Regierung, die noch nicht ganz vollendet ist, es mit diesem „Hort“ auch zu Ende sein wird. Wir werden zum großen Theil als Ihre Erben auftreten, und insofern wünschen wir, daß die Versöhnung mit der Regierung, die bereits angebahnt ist und sich schrittweise vollzieht, möglichst beschleunigt wird, daß der beiderseitige Weg zur Klarheit erleichtert wird, und daß wir dahin gelangen, wo wir beide hingehören, und die Grenze zwischen beiden Richtungen dann scharf und vollständig gezogen wird. Ich lasse mich auch dadurch nicht irre machen, daß Herr Windthorst jetzt wieder ganz besonders betont hat, daß wir keine Ausnahmegeetze haben sollen. Es geht noch heute wie gewöhnlich; im Anfang wird das betont, und am Ende nicht mehr. Sie haben schon bei der zweiten Verlängerung des Sozialistengesetzes 14 Stimmen aufgebracht, und bei der letzten Verlängerung sind diese 14 Stimmen auf 39 gestiegen. Wenn sie in dieser Proportion wachsen, wird es wahrscheinlich dahin kommen, daß man es auf seiner Seite mehr ernst aufzufassen wird, wenn hier immer zu Anfang der Session gegen die Ausnahmegeetze losgezogen wird. Was unsere Stellung weiter anlangt, so wiederhole ich, stimmen werden wir für den Antrag Windthorst, obgleich uns das sauer wird. Wir wünschen, daß auch die Ueberzeugung in den Massen des Volkes dahin komme, daß das, was Sie bisher als demokratische Eigenschaften und Anschauungen ihnen entgegengetragen haben, nur Schein gewesen ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Antrag sei eine Richtsichtung des Bundesrats, wie sie sich der Letztere dem Reichstag gegenüber niemals erlauben werde. Der Bundesrat werde sich aber auch durch keine Demonstrationen, wie Massenpetitionen u. einschüchtern lassen. Nur unter dem Ministerialrat sei das Gesetz in Preußen zur Anwendung gekommen, unter v. Bülow und v. Goltz nicht, und die Geistlichen, welche davon betroffen, seien zum Theil rehabilitirt, zum Theil im Auslande in gesicherten Stellungen. Der Antrag werde daher nur eingebracht, um die verbündeten Regierungen zu demüthigen. (Oho! im Zentrum.) Warum das Zentrum den verbündeten Regierungen diesen Schlag ins Gesicht versetzt, verstehe er nicht. Die Folge davon sei, daß die Verhandlungen mit Rom sich sofort zerplüßert hätten. (Zustimmung rechts.) Er sei nicht beufen, zu erforschen, welche Gründe der Bundesrat gehabt, den Antrag abzulehnen; sie liegen bei den verschiedenen Ressorts. Ob der preussische Kultusminister das Gesetz für entbehrlich hält, wisse er nicht; nach der Meinung des Redners sei es aber nicht ganz entbehrlich, da in verschiedenen Provinzen und Landesstellen, namentlich in der Provinz Polen, die oppositionellen Vertretungen durch den katholischen Klerus ganz bedeutende Unterstützung erhalten. Hätten die Ereignisse von 1864 bis 1870 und 71 nicht einen so glücklichen Verlauf genommen, so wäre es schwer zu sagen, in welcher Weise diese Zustände ihren Einfluß geltend gemacht hätten. Die Regierung bestrebe sich, aus den Konserativen, dem Zentrum und Nationalliberalen eine dauernde Majorität zu schaffen, aber es seien doch zwischen dem Zentrum und den anderen Parteien zu harte Worte gefallen, die sich ehemalige Freunde nicht sagen sollten. Ein konfessionell gemischtes Staatsrath, das auf die Unterstützung der Kurie und des Zentrums angewiesen, könne auf die Dauer nicht bestehen, mit dieser Partei könne man sich nicht einlassen, wenn man sich ihr nicht im Geiste auf längere Zeit verschreiben wolle. Redner persönlich würde es außerordentlich lieb sein, einen modus vivendi mit dem Zentrum zu finden, er fürchte jedoch, daß die Partei ihre Agitation nicht eher einstellen, als bis in Deutschland Alles vernichtet ist, was an ein evangelisches Kaiserthum erinnert. Zu Korzeptionen sei er gern bereit, wenn man ihm Gegenkonzeptionen biete. Aber die Gründe des Antrages liegen außerhalb des deutschen Landes. (Widerspruch im Zentrum.) Zur Zeit der Hohenzollern verband sich alles, was anti-abbeilisch oder gegen das Reich war. Im Interesse unserer Unterthanen in Rheinland und Westfalen wäre ja ein modus vivendi sehr zu wünschen, die Maizegebe mögen ja auch vielleicht münfter zu schwach angewendet worden sein, was ich nicht billige; aber man muß auch bedenken, daß mit Hilfe katholischer Geistlicher, die ihre gemeinsamen Zwecke aus der katholischen Abtheilung des Kultusministeriums erhielten, die Polonisirung deutscher Landesbestheile stattgefunden hat. Wir haben alles Mögliche dagegen gethan; aber wir kamen nicht weiter. Es ist nach den Vorzeichen konnten wir einige Konzessionen erhalten. Im vorigen Sommer war der Zustand ziemlich erträglich, jetzt haben sich die Sachen wieder geändert. Ich hoffe auch, daß man und von Rom noch weitere Konzessionen machen wird,

und werde deshalb von unseren Rechten kein Haar breit vergeben. Für die polnischsprechende Bevölkerung Polens und Westpreußens können wir keinen Geistlichen zulassen, der nicht streng die Forderungen der Maizegebe erfüllt. Wir werden fortwährend den Frieden zu erwarten, vorläufig aber nichts weiter für die Herbeiführung thun, da Herr Windthorst uns denselben in klug berechnender Weise und in der Hoffnung, von uns mehr bewilligt zu erhalten, vorenthält. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Meyer (Sena, nationalliberal): Der Antrag sei für ihn und seine Partei erst dann annehmbar, wenn die Kurie ihren Frieden mit Preußen gemacht habe, bis dahin werde er ihn ablehnen.

Abg. Dr. Windthorst: Die ruhigen Erklärungen des Reichskanzlers haben ihm in der Form sehr wohlgefallen, aber das deutsche Bürgerrecht könne man doch nicht so aufpassen, daß es auf Grund so strenger Gesetze so leicht eingeknickt werden könne. Der Reichskanzler hätte sich doch die Gewissheit verschaffen sollen, ob der preussische Kultusminister das Gesetz auch gebrauchte. Nur zu religiösen, nicht zu politischen Zwecken sei das Gesetz gegeben, und da könne man, wolle man das Gewissen nicht belästigen, keinen Unterschied zwischen polnischen und anderen Katholiken machen. Ist der preussische Staat so schwach, daß er die Polen nicht bändigen kann? Solche Maßregeln seien gefährlich und könnten die Polen zum Aufbruch bringen, denn die Völker haben es stets verstanden, die Tyrannen zu vernichten, welche ihre Religion antasteten. (Beifall im Zentrum. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Kanzler habe sich in hervorragender Weise an dem Kulturkampf betheiligt, es hätte nur eines Briefes an Herrn von Goltz bedurft, und die Sache wäre erledigt gewesen. Vor Deutschland behaupte er hier, daß in diesen Sachen nichts geschehe ohne die Zustimmung des Reichskanzlers, und so lange dies Gesetz bestehen bleibe, bleibe auch die ganze Maizegebe ohne eine wesentliche Aenderung bestehen. Die Ernennung der Bischöfe war eine Konzession der allerbedeutendsten Art seitens des römischen Stuhles und wäre sie nicht gemacht worden, dann hätten wir noch ganz andere Dinge erlebt. Die Mißstände seien trotz der Einführung der Nothwehr noch nicht beseitigt. Noch in weiten Bezirken Preußens haben die Katholiken keine Gelegenheit, die Messe zu hören und die Sakramente zu empfangen. Redner fordert den Zustand, den Friedrich Wilhelm IV. in Königsberg feierlich verurtheilte: Der Friede müsse herbeigeführt werden, denn es könne auf vielen Gebieten heißen: „Du hast die Geißel gerufen aber bannen kannst Du sie nicht.“ Der Kanzler sagt, der Antrag sei eine Verletzung des Bundesrats, aber der Bundesrat ist der Reichskanzler und an ihn habe ich mich zu halten. Ich hoffe, er wird sich die Sache noch einmal überlegen. Bei dem in Deutschland herrschenden System kann das Zentrum niemals eine eigene Regierungspartei werden. Die Regierung braucht Parteien, die ruhig jede einzelne Sache prüfen und darnach handeln. — Wenn der Kanzler von den wechselnden Konstellationen der Parteien spricht, so ist er selbst von der Schuld daran nicht frei, so auch in diesem Falle. Ohne die von uns verlangten Freiheiten können wir nicht leben, sie sind uns mehr werth, als alle anderen. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet haben wir bisher die Regierung unterstützt, nicht etwa um der Regierung ein „do ut des“ zu geben, sondern weil wir diese Reform für nöthig hielten. Ohne das Zentrum ist selber kein Gesetz zu Stande gekommen und dafür hat man es dann verleumdete und sich nicht gescheut, die sozialdemokratischen Wahlen auf sein Konto zu legen. Wenn die Lage der kleinen Leute und der Arbeiter gebessert werden soll, werde ich für soziale Reformen stets eintreten, aber bei ihrer Umgestaltung der ganzen heutigen Gesellschaft werden auch die Sozialisten als ihren unerbittlichen Gegner finden. Es sieht böse aus im Reich. Wegen der Matrularbeiträge sollen wir zwar kein Defizit haben und doch werden diese von den Steuerzahlern getragen. Denke doch nicht die Regierung daran, schließlich ihren Willen mit den Vorgesetzten durchsetzen zu wollen, denn diese werden von Männern aus den untersten Klassen getragen. Wir glauben, daß ein so oft angenommener Antrag doch in dem Volkswillen seine Entschiedenheit haben muß und darum sollte sich der Kanzler nicht sträuben, das Gesetz aufzuheben. Für uns ist die Annahme oder Ablehnung des Antrages eine bedeutsame Manifestation, wie man aber über die Gewissensfreiheit denkt und wenn die Nationalliberalen dafür Sinn haben, so müssen sie für unseren Antrag stimmen. (Beifall im Zentrum.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Das Recht, eine persona minus grata abzulehnen, ist ein allhergebrachtes Recht des Staates. Die Freunde des Vortredners haben ihre Sache mit einer Beharrlichkeit und Erregtheit vertheidigt, die anstößend wirkt, und es wäre wohl gut, wenn man den Ton so dicken könnte, wie er gesprochen wird. Glauben Sie denn wirklich, daß heute der Bundesrat pater peccavi sagen würde? Und dann könnten Sie nach 8 Tagen denselben Antrag noch einmal einbringen. Wann der Steuerzahler nicht so viel Steuern zahlen wie das Reich braucht, muß es seinen Geschäftsbetrieb eben einschränken. Bis jetzt ist noch wenig Hoffnung auf Auflösung. Sie scheinen große Hoffnungen auf diesen Reichstag zu haben; aber es ist sehr leicht möglich, daß wir einmal 3 Jahre arbeiten, wo gar kein größeres Gesetz zu Stande kommt. Eine Auflösung ist immer ein Augenblick der Regierung, daß sie ohne die Hilfe der Majorität nicht weiter kann. Und wenn nun eine Auflösung die gleiche Majorität, wie heute ergäbe, und ich würde zurücktreten, so läme der Vortredner damit auch noch nicht weiter. Die Organisation und Disziplin des Zentrums ist zu bewundern. Wenn der Redner meint, es geschähe in den Maizegeben nichts ohne mein Vorwissen, so ist es ein Irrthum. Die Personen, welche sich noch im Auslande befinden, befinden sich nicht wegen Meffelesens und Spondas der Sakramente im Auslande, sondern wegen politischer Agitation. Ich muß ein für alle Mal der Zumuthung widersprechen, als ob ich mich über Dinge aus den preussischen Ressorts, die hier zur Debatte kommen könnten, hätte rechtzeitig informiert können. Das Zentrum könnte in ein besseres Verhältnis zur Regierung treten, wenn es sich auf seinen konfessionellen Standpunkt beschränken und von seinen politischen Annexen befreien wolle. (Beifall.)

Abg. v. Gräve (Pole): erklärt die Vorwürfe des Kanzlers gegen das Zentrum für ungründet, es scheine fast als ob der Kanzler sich in der Tagesordnung geirrt habe und über den Antrag wegen der Zulassung der polnischen Sprache spreche. Wir verlangen nichts weiter, als Gleichberechtigung im Staat, wir sind keine Reichsfeinde und kann ich nur versichern, daß das Expatirungsgesetz in unseren nationalpolitischen Bestrebungen nicht geschadet hat (Beifall im Zentrum und bei den Polen.)

Abg. v. Willdorff-Bebra (deutschkonservativ): Aus den Darlegungen des Reichskanzlers gehe hervor, daß bei der Entwicklung des Kulturkampfes auswärtige Verhältnisse mitgemittelt haben, und die Schuld dafür trage das Zentrum. Herr Windthorst habe durch seine Darlegungen dem von ihm vertretenen Standpunkte nicht genügt. Die Vertreter des Zentrums betonen stets nur die Interessen der Kirche, nie aber die großen und dauernden Interessen des Reiches. Wir werden deshalb gegen den Antrag stimmen.

Abg. Freiherr v. Schorlemer-Alst: Wenn die Herren von der Rechten gegen den Antrag stimmen, so werden sie davon großen Schaden haben. Wenn es den Sozialdemokraten sauer wird, für den Antrag zu stimmen, so sollen sie es lieber leiden lassen. Diese Herren haben noch niemals etwas Positives geleistet, und sollten sich ihre Ideale verwilligen, so würden die Köpfe derjenigen Herren, die heut an der Spitze stehen, nicht kgen. Wenn der Reichskanzler gewollt, hätte der ganze Bundesrat für den Antrag gestimmt

und dabei scheint der Kanzler selbst von der Bedeutung der Teil des Gesetzes überzeugt zu sein. Von der Ansicht des Kanzlers hängt es auch ab, ob der preussische Kultusminister für die Aufhebung des Gesetzes ist. Der Kanzler sagt zwar, er werde den Reichstag nicht auflösen, wer weiß, ob diese Ansicht 3 Jahre im Anhalt! Wir hängen nicht von Rom ab (Beifall im Zentrum rechts — wiederholte Zustimmung im Zentrum). Es ist ja bekannt, daß man von Rom eine Beeinflussung des Zentrums verlangt hat, daß sie aber abgelehnt wurde mit dem Hinweis, daß man einen solchen Einfluß nicht bestimme. Wir haben unser Vaterland genau eben so, wie der Kanzler, aber es doch gefährlich, 18 Millionen Katholiken permanent in den Frieden zu erhalten. Der gesammte Kulturkampf richtete sich gegen die katholische Kirche, und die Kurie hat sich doch Unterhandlungen herbeigelassen. Will der Kanzler nicht lämpfen, wir sind dazu bereit, und will der Kanzler nicht bewilligen, bevor ihm neue Konzessionen gemacht sind, steht er auf dem Standpunkt des do ut des, den wir nicht einnehmen. Durch die Beschuldigung, daß wir uns mit konfessionellen Elementen einlassen, lassen wir uns nicht schrecken (Beifall im Zentrum.)

Abg. Städler (deutschkonservativ): wird für den Antrag stimmen, weil ihm die Gründe des Kanzlers nicht genügen. Wenn er dafür stimme, wolle er damit ausdrücken, daß bereit sei, auf der Bahn der Versöhnung vorzugehen. Er stehe nicht auf dem Boden der diplomatischen Politik wie der Kanzler, sondern auf dem der Volksmeinung, er würde sich gegen den Antrag stimmen, wenn der Kanzler verspräche, der nächsten Zeit die Maizegebe zu reformiren. In solchen Fällen könne er dem Prinzip des do ut des nicht zustimmen, aber das Zentrum sollte sich auch entgegenkommender zeigen. Im Kampf um die Schule werde er aber das Zentrum nicht unterstützen.

Abg. Ragdzinski (Pole): Nach den Ausführungen des Kanzlers sollen die Polen nun der Sündenbock für das Expatirungsgesetz sein. Die nationale polnische Agitation sei nur durch die Unterdrückung hervorgerufen, welche die polnische Regierung zu leiden hatten. Der durch das Gesetz geschaffene Zustand ist ein unwürdiger, der das Uebel nur verschlimmert.

Abg. Richter-Hagen (deutschfreisinnig): Seine Rede werde für den Antrag stimmen, weil es sich um ein Ausnahmengesetz handle. In dieser Frage habe es thatsächlich keine Ministerium Bismarck gegeben, keine Ministerien Falk, Lammer oder Goltz, wie der Kanzler meine. Das Zentrum kann nach der Anschauung des Kanzlers allein nichts erreichen, sondern nur mit Hilfe der Konservativen. Diese aber sind nur, was der Kanzler will. Der Kanzler stellt eine Kautel an die man allgemein glaubt, in Zweifel; will er das nicht so ist kein Ausreten und sein Verhalten allerdings unerklärlich und animirt durchaus nicht zur Bewilligung neuer Gesetze. Was der Kanzler von der Nichtachtung des Bundesrats sagte, paßt viel eher auf den Bundesrat, der vom Reich abgelehnte Gesetze wieder einbrachte, was der Kanzler nicht motivirte, daß er darüber eine Quittung haben wolle.

Die Debatte des geschlossenen und nach einer vertheilten Bemerkung des Abgeordneten Dr. Reichensperger. **Abg. Dr. Windthorst** in seinem Schlußwort, er habe sich kein Redner für das Expatirungsgesetz selbst erklärt. Es scheine, als ob die Konservativen das letzte Mal mit Rücksicht auf die kurz bevorstehenden Wahlen für den Reichstag gestimmt haben. Auch bei Neuwahlen werde das Zentrum danach streben, die extremen Voten zu unterstützen, die Mittelparteien nicht zu stark werden zu lassen. Herrs Meinung, die auf dem Boden des modernen Staates kein Bezug auf die Schulfrage, müsse vor dem Lande stehen werden.

Die Generaldebatte ist hiermit beendet. In der Tagesordnung § 1 erklärt Abg. v. Heydenrandt u. a. die Diskussion des Expatirungsgesetzes selbst erklärt. Die Hausorden in dem Neubau eilen dem Halle. **Abg. Richter-Hagen:** Die katholischen Wähler werden doch von dieser Erklärung Notiz nehmen und bei den Wahlen ihren Kandidaten nicht in einen solchen Zwang wieder versetzen.

Ueber § 1 erfolgt Namensaufruf, bei welchem derselbe 217 gegen 93 Stimmen angenommen wird. Der Antrag v. Wedell enthält sich der Abstimmung. — Die übrigen Paragraphen werden debattellos genehmigt und dann um 6 Uhr die Sitzung geschlossen. — Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Antrag Voebel wegen Einführung des Strafparabens gegen den Abg. Stödel. Antrag der Prüfungskommission wegen Abänderung der Geschäftsvertheilung und zweite Lesung des Etats.

Lokales.

cr. Berlin ist Weltstadt, wir wolle das heute leugnen? Es ist eine unbestrittene Thatsache, daß wir in den letzten Jahrzehnten durch das Zusammenwirken vieler außerordentlicher Umstände auf verschiedenen Gebieten außerordentliche Fortschritte gemacht haben. Wer sich in Kleinstädtische, spießbürgerliche Berlin von vor zwanzig Jahren zurückdenkt, in das kleine Berlin mit seiner schmuggelnden, seinen wirklichen, edigen Gassen und Straßen, der würde heutige Berlin kaum wieder erkennen. Triogaladem auf Berlin, die stolze Hauptstadt des deutschen Reiches, auf den anliegenden Gewände manch häßlichen Flecken, der nur Mühe, oft überhaupt gar nicht verdrückt werden kann, thut Unrecht daran, von manchen Uebelständen zu sprechen, man handelt in dieser Beziehung so thöricht, wie jemand, der die verdorbene Luft eines Zimmers durch Geruch von Eau de Cologne zu vertreiben sucht. Solche und einmal eine große Anzahl von öffentlichen Lokalen an. Ein Restaurant mit Damendienung. Für die Verfeinerinnen mag ein derartiges Institut der Jodgegriff alles Möglichen und allen Lasters sein, es würden aber, wenn sie Bekanntheit eines solchen Lokals machen könnten, von einem Besseren belehrt werden, sie würden einsehen, daß Berlin hier so leicht nichts passieren kann. Das Lokale, welchem die Biergenosse herrscht, ist fast immer leer, während diejenigen, welche die Wache, die hier herrscht, kennen, sich hätten, „auf den Haubt hineinzurollen“. Die Restauranten in der überwiegend großen Anzahl nichts weniger als meistentheils recht geschmacklos aufgezupft, und was die ihnen an körperlichen Reizen verleiht, das sucht eine gebrachte Kunst zu ersetzen. Der Unerfahrene, der sich das Glattes führen läßt, kann wohl hin und wieder geschädigt werden, denn fast alle Berliner Restauranten am chronischen Hunger, sie haben fortwährend die Rheinländer Bier und der Gipfel des Bodgenusses, die sie in einer Fischei Rohwein, deren Wirlungen ein veranlagter Mensch höchstens vierzehn Tage in allen Jahren fühlt. Es wären diese Eigenschaften aber einmal so schlimm, viel häufiger dagegen, daß jeder, der einmal in eine solche verschlagen wird, so lange mit Bitten bestimmt wird, sich zu den vorerwähnten Leistungen entschließt. Das ist verschieden häßlich und vor Allem einer Großstadt unähnlich. In vielen Fällen wird sich derjenige, der gutmüthig ist, ja nicht allzulange nöthigen lassen; und wenn die geradezu abertreten wird, so drückt der Berliner geradezu in die Augen. Es bleibt aber in Berlin Lokale, und

draußen in den Vorstädten, sondern mitten im Herzen der Stadt, die wirklich nur zum Zwecke des Bauernanges gelegt zu sein scheinen. Ein bombastischer, hochtönender, ausländischer Titel lockt den Unerfahrenen oder den Fremden an, und hier grenzt die Bettelei, die unter Aufsicht des Rathes von seinen Bediensteten getrieben wird, wirklich an Unverschämtheit. Eine schöne Eleganz, unangenehme Luft, ungeschmackbares Bier, unförmlicher Wein für horrenden Preise, das sind die Annehmlichkeiten, die Berlin hier zu bieten vermag, abgesehen von den „Damen“, die sich in dieser Kategorie von Kometen gewöhnlich geberden, als hätten sie soeben eine vierwöchentliche Hungerkur überstanden. Das ist etwas, was uns an dem neuen, weltstädtischen Berlin absolut nicht imponirt, hier müßte einmal gründliche Remedur geschäffen werden. Sie würde zunächst wohl hauptsächlich darin bestehen müssen, daß die Besizer derartiger Unverschämtheiten gezwungen würden, ihre Anstellungen nach Gebühr zu beschließen und zu bezahlen, es müßte den Wirthen als Arbeitgeber zu Pflicht gemacht werden, daß sie dafür sorgen, daß diejenigen Personen, die in ihrem Geschäft thätig sind, nicht von der Gnade der dort verkehrenden Gasse abhängig sind. Entschieden wäre das eine viel wirksamere Maßregel, als die jetzt bestehenden, die, wie die Erfahrung lehrt, noch niemals Erfolg gehabt haben.

a. Ein Thongruben-Besitzer in Belgarn a. Elbe, welcher für die Berliner Kanalisation Thonlieferungen hat, hat vor Kurzem der hiesigen Stadtgemeinde eine Offerte gemacht, wonach er seine Thongruben nebst Betriebsinventar der Stadt Berlin geschenktweise überlassen will gegen Zahlung einer jährlichen Rente bis zu Ende seines Lebens. Diese Offerte wird dem Vernehmen nach in der nächsten Plenarsitzung des Magistrats zur Behandlung gelangen.

b. Für eine wirksamere Beleuchtung des Schloßplatzes wird jetzt neben der mitgetheilten Einrahmung des Schloßplatzes mit kleineren Sonnenbrennern dadurch gefordert, daß man die bereits vorhanden gewesenen 5 Sonnenbrenner in der Mitte des Platzes durch größere, intensiver leuchtende Sonnenbrenner ersetzt. Der Schloßplatz wird dann im Ganzen von 27 Sonnenbrennern beleuchtet. Die bei der Ausführung der äußeren Laternenhänder notwendigen Erdarbeiten werden durch den Frost sehr erschwert, weil die Erde bereits derartig gefroren ist, daß sie nur mit Picken aufgerissen werden kann. Um das Erdreich gefügiger zu machen, stellen die Arbeiter auf die zum Aufwerfen der Erde bestimmten Stellen große Kohlenöfen, welche auch zum Theil ihren Zweden dienen und die gefrorene Erde zerkleinern.

c. Die Zimmerstraße ist an ihrem Bestende noch immer mit Brettern verpackt, trotzdem der künftige Durchbruch nach der Köpenickerstraße schon lange geplanzt ist. Sie feiert in diesem Jahre das 150jährige Jubiläum ihrer Verlängerung über die Friedrichstraße hinaus, scheint aber noch immer keine Aussicht zu haben, daß ihr der dringend notwendige Durchbruch als Jubiläumsgewinde zu Theil wird. Man scheint hier die einzige Markwürdigkeit, welche sie besitzt, daß sie gerade 100 Nummern zählt, noch lange konserviren zu wollen.

d. Die Berliner Wasserwerke beabsichtigen, einen neuen Rohrtrank vom Wasserwerk Westend über Fichtenbrunn nach Berlin zu legen, da die beiden Rohrstränge, welche die Residenz über Charlottenburg mit Wasser versorgen, nicht die genügende Wassermenge nach Berlin schaffen können. Es stehen augenblicklich Verhandlungen mit dem Charlottenburger Magistrat, der zur Verlegung des Stranges durch sein Gemeindegebiet die Genehmigung zu ertheilen hat. Gleichzeitig wird eine telegraphische Verbindung zwischen der Direktion der Wasserwerke und Berlin geplant.

Das neue Kontordia-Theater auf dem Grundstück der ehemaligen Berliner Flora, Friedrichstraße Nr. 218, schreibt mit Riesenschritten seiner Vollendung entgegen. Der Umbau vollzieht sich nach den Ansaßen und Zeichnungen des Herrn Baumeister Biegro, Belle-Allianceplatz 8, der bekanntlich das ganze Grundstück käuflich erworben, während die technische Ausführung und Leitung des Baues den bewährten Händen des Baumeister Fischer und Architekt Köstlin anvertraut ist. Die Hausveränderung in dem ehemaligen Konzerthause besteht in dem Neubau einer ca. 5 Meter breiten und 4 Meter hohen neuen Gallerie, auf welcher 33 Bogen mit 200 Sitzen und außerdem 200 erhöhte nummerirte Sitzplätze angeordnet sind. Im Parterre sind vor der Bühne 10 Parquetlogen mit zusammen 54 Plätzen angelegt, der übrige Raum wird, wie in der ehemaligen Walhalla mit Tischen und Stühlen für 900 Personen besetzt. Die zu beiden Seiten vor dem Hauptsaal stehenden Nebensäle werden durch neu angelegte, mit eisernen Trägern und Stühle für ca. 400 Personen aufgestellt werden können. Als Zugang zum Parterre ist der alte über 3 Meter weite Haupteingang geblieben, und ist ein zweiter ebenfalls durch eine Gloschalle hergestell, diese Gloschalle, die 5 einhalb Meter breit und 3 Meter hoch ist, und mit besonderer Heizvorrichtung versehen werden soll, führt von der Straße direkt zum Theater. Die Zugänge zur Gallerie sind dem im ersten Stock neu erbauten Foyer bestehen aus zwei massiven Treppen von je 279 Meter Breite. Die Beleuchtung des Hauptraumes geschieht durch 4 an der Decke befindliche Sonnenbrenner, „System Grove“ mit zusammen 100 Lampen. Über der Gallerie und in den Nebensälen sind Kronleuchter und Wandarme in so großer Zahl angebracht, daß der ganze Raum taghell erleuchtet wird. Die Gallerie selbst ist durch einen zweckentsprechenden Umbau bedeutend vergrößert worden. Dieselbe ist bei einer Breite von 20 Fuß, einer Tiefe von 48 und einer Höhe von 45 Fuß so konstruirt, daß die großartigsten Spezialitäten-Vorstellungen stattfinden können. Die dekorative Ausstattung des Stablißens ist durch Malereien im Rococo-Stil mit natürlichen Wandgruppen von der Künstlerhand Carl Lange's in großartigster Weise ausgeführt. Zur Erwärmung des ganzen Stablißens ist eine Niederdruck-Dampfheizung angelegt, welche unter Zuhilfenahme von kalter Luft eine bestmögliche Regulirung der Temperatur zuläßt. Die Ventilation wird durch vier Abzugskanäle, die bei je einem Sonnenbrenner angebracht sind, in vortheilhaftester Weise besorgt. Unter der Aegide des Herrn Direktor Adolf Hübel, der das neue Theater auf 10 Jahre gepachtet hat, vertritt daselbst nicht nur das großartigste, sondern auch das eleganteste Spezialitäten-Theater der Residenz zu werden.

e. Gleich und gleich gesellt sich gern ist ein Sprichwort, welches für die Thierwelt keine Geltung zu haben scheint. Denn der neue und der alte Schimpanse begegnen einander mit dem Gefühl der vollendeten Würfsicherheit. Bismehr haben sie sich ganz aparte Freunde ausgesucht. Der Ältere demüthert im wahren Sinne des Wortes ein ganz kleines Paavo-Meffchen, welches er beständig in seine langen Arme schließt. Seine Würfsicherheit ist so zudringlich, daß der Kleine sich kaum einige Schritte entfernen darf. Sofort ist sein mütterlicher Freund immer um her und drückt ihn wieder an die treue Schimpanse-Fremdenaffen zum Freunde erkoren, mit dem er muntere Spiele treiben kann. Andere Affen dagegen traktirt er feig mit Ohrfeigen, wenn sie ihm aus dem Mund kommen.

f. Eine Badenstadt im belebtesten Theile Berlins scheint sich zu bilden, nachdem der Verkehr auf dem mit Schwebelassen stark belegten Wege zur Hasenheide an Lebhaftigkeit verloren. Nachdem seit einigen Tagen auf dem Bauhof des Königsplatzes gegenüber, ein fog. fliegendes „photographisches Atelier“ etabliert worden, ist man seit gestern ebenfalls mit der Aufhebung einer großen Bude für ein „Büreau“ beschäftigt. Von der „Großartigkeit“ desselben

zeigen schon die drei großen Kastenwagen, welche die Transportmittel für die „Schätze“ bilden. Vielleicht bekommen wir hier auch noch die unvermeidliche „Kiesendame“, den blutdürstigen Indianerhauptling“ zu sehen.

N. Durch einen archäologischen Fund von anscheinend großer Wichtigkeit wird augenblicklich die Gelehrtenwelt in nicht geringe Aufregung gesetzt. In Schortau a. E. hat man nämlich vor einigen Tagen 90 Ctm. unter der Erdoberfläche ein Stück Mosaikfußboden mit eigenthümlichen figuralischen Darstellungen aufgefunden. Der Finder nimmt an, daß, da römische Mosaikböden in unserem Norden nicht vorkommen, der Fund ein slavischer, und daß das Bild den Gott Belbog darstelle. Eine auf der Tafel befindliche Inschrift scheint Preßlau zu heißen. — Was an dieser Deutung richtig, muß einer genaueren Untersuchung durch Sachverständige vorbehalten bleiben.

a. Ein betrogener Betrüger. Ein stöckrisch verfolgter Defraudant, der Zigarettenmacher Steinbach aus Banzelburg, stellte sich heute freiwillig der hiesigen Kriminalpolizei, nachdem ihm die von ihm unterschlagene Baarschaft gestohlen worden. Steinbach hatte Anfangs des vorigen Monats in der Strafanstalt zu Rawitsch eine zweiunddreißigjährige Buchhändlerin verbüßt und war nach Hamburg entlassen worden. In Hamburg lernte er den Schlosser Köster kennen, mit welchem er nach Amerika zu reisen beabsichtigte. Da aber ihre Baarschaft zur Lösung eines Billets nicht ausreichte, wollten sie sich als Arbeiter auf einem nach Amerika gehenden Schiff aufnehmen lassen, wozu sie aber in Hamburg keine passende Gelegenheit fanden. Sie begaben sich deshalb nach Bremerhaven, woselbst Köster eines Abends dem St. seine Baarschaft von 170 Mark und seine Sachen zur Aufbewahrung gab, weil er nach einem Tanzlokal gehen wollte. Steinbach wartete nicht die Rückkehr des K. ab, sondern begab sich mit der ihm anvertrauten Baarschaft und den Sachen nach Berlin. Hier selbst logirte sich Steinbach in einem Gasthause in der Frankfurter Allee für eine Nacht ein, und am folgenden Tage tummelte sich Steinbach in der Stadt herum, sich an einen gleichfalls herumstreichenden Unbekannten anschließend, mit dem er verschiedene Vokale besuchte. Am Abend führte ihn der Unbekannte nach einem großen Grundstück, dessen Lage Steinbach später nicht bezeichnen konnte, woselbst sie auf einem Heuhaufen, mit einem Plane zudeckt, nächtigten. Als St. am anderen Morgen erwachte, war der Unbekannte verschwunden und mit diesem der sehr erhebliche Rest des dem Köster gehörigen Geldes, sowie das Bündel mit den Sachen des K. Seitdem irrte Steinbach obdach- und subsistenzlos in Berlin umher, und er meldete sich schließlich freiwillig, bei der Kriminalpolizei, welche seine Verhaftung veranlaßte.

g. Rohheit. In dem W.schen Restaurant in der Jägerstraße kam es gestern Abend zu einer sehr heftigen Schlägerei. An einem Tisch saßen mehrere Gäste beisammen, von denen einer zur Bezahlung der Beche ein Einmalstück auf den Tisch gelegt hatte, das aber plötzlich verschwunden war. Der Eigenthümer des Geldstücks ließ infolge dessen schwere Beschuldigungen gegen seine Umgebung aus, worüber ein an demselben Tische sitzender Gast, Namens H., den Beleidiger ernstlich zu Rede stellte. Als Antwort hierauf ergriff der Letztere einen porzellanenen Bierunterfaß und hieb mit demselben dermaßen auf H. ein, daß dieser aus mehreren Wunden blutete. Der Verletzte begab sich nach der ersten Sanitätswache in der Bräuerstraße, woselbst der anwesende Arzt ein ziemlich bedeutendes Loch an der rechten Seite des Kopfes und außerdem mehrere Wunden im Gesicht konstatarirte.

N. Wassernoth veranlaßte gestern Abend gegen 7 Uhr eine Alarmirung der Feuerwehr nach dem Grundstück Mühlenstraße 68a. Wohl durch den scharfen Frost war dort das Hauptrohr der städtischen Wasserleitung geplatzt und ergossen sich nun die Wassermassen mit unaussprechlicher Behemung in die von einem Schuhmachereifer Goetz besitzlichen Wohnräume, in wenigen Minuten die Wohnung unter Wasser legend. Durch Absperren des Hauptrohres und Auspumpen der Wassermassen gelang es den schnell erschienenen Rettungsmannschaften die weitere Gefahr für die Kellerbewohner zu beseitigen. Etwas später wurde die Feuerwehr nach der Fruchtstraße 23 gerufen, es handelte sich hier um einen Brand, der durch Aufwerfen von heißer Asche in einer Mühlgrube entstanden, beim Einsteigen der Feuerwehr bereits von Hausbewohnern gelöscht war.

M. Einen traurigen Ausgang nahm am gestrigen Abend in Noadit ein von mehreren jungen Leuten veranstaltetes harmloses Schneeballweifen. Bei dem Versuch etwas Schnee aufzuheben, trat einer der Teilnehmer fehl und stürzte so unglücklich zur Erde, daß er einen komplirten Bruch des rechten Unterschenkels sich zuzog. Der Verunglückte mußte sofort nach dem Barackenzuhause in Noadit geschafft werden.

N. Erfroren. Auf dem Hofe des Grundstück Mühlenstraße Nr. 29 wurde heute Vormittag in der zehnten Stunde die Leiche eines anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen Mannes gefunden. Derselbe hatte wahrscheinlich dort nachts schlafen wollen und ist dabei erfroren. Die Leiche wurde ins Obduktionshaus geschafft.

Polizei-Vericht. Am 1. d. Mts., Abends, verstarb der Arbeiter Arndt im nördlichen Krankenhaus in Friedrichshain an den Folgen einer Schädelverletzung, welche er am 30. v. M. dadurch erlitten hatte, daß er in der Spandauerstraße von einem in der Fahrt befindlichen Pferde-Ofenbahnwagen fiel. — An demselben A. end wurde ein unbekannt gebliebener, etwa 40 Jahre alter Mann aus einem Schanklokal in der Antonstraße gewaltsam entführt. Hierbei fiel derselbe nieder und erlitt dadurch derartige Verletzungen am Hinterkopf, daß er betäubungslos liegen blieb und mittelst Froschle nach der Charité gebracht werden mußte. Die Thäter sind ermittelt. — Um dieselbe Zeit fiel der Handagist Preisdorf vor dem Hause Mantuffelstr. Nr. 21 in Folge Ausgleitens zur E. de und brach dabei den rechten Unterschenkel. Der Verunglückte wurde nach seiner Wohnung, Draniensstr. Nr. 196, gebracht. Am 2. d. M., Vormittags, starb der Post-Expedient Wille im Post-Bureau Preussenschiffstraße Nr. 25 plötzlich in Folge eines Krampfanfalles. Die Leiche wurde nach der Wohnung gebracht. — Am Nachmittage desselben Tage wurde auf dem Korridor des Hauses Brügelstraße Nr. 43 die Leiche eines Kindes weiblichen Geschlechts, mit einem Stück weißen Gardinengutes umwickelt, aufgefunden und nach dem Obduktionshause geschafft. — In derselben Zeit wurde der fünf Jahre alte Sohn des Kochmachers Tugend beim Ueberschreiten des Fahrdammes vor dem Hause Köpenickerstraße 89 von einem Pferdebahnwagen überfahren und ihr. der rechte Arm abgequetscht. Er wurde nach Anlegung eines Rothverbandes nach Peilhanien gebracht. Den Führer des Wagens soll hierbei keine Schuld treffen, da das Kind trotz des Rufes desselben versucht hatte, vor dem Wagen über die Straße zu laufen. In der Nacht vom 2. zum 3. d. Mts. wurde in dem Zimmer eines Gasthauses in der Invalidenstraße ein kurz vorher zugereister unbekannter Mann erhängt vorgefunden. Da derselbe weder Gepäck noch Schriftstücke bei sich führte, hat die Persönlichkeit sich noch nicht feststellen lassen.

Gerichts-Zeitung.

Die zahlreichen Verurtheilungen kleiner Mädchen, welche im Sommer bis zur Mitte des September cc. in den vor dem Halleischen Thor belegenen Straßen begangen wurden, gelangten heute zur Kenntniß der dritten Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Als die russische Thäterin stand die verehelichte Arbeiterin Anna Schmiedke vor den Schranken. Leider ist es nur in selten Fällen gelungen, die schon wegen ganz ähnlicher Diebstähle mit zwei Jahren Zuchthaus vordestrierte Angeklagte als das betreffende Frauenzimmer zu rekonstruiren, welches

die Vertrauensseligkeit 5—7 Jahre alter Kinder so schmerzhaft hat. Gewöhnlich sprach die Frau diesen Kindern an, die in der Mittagszeit von ihren Müttern zur Versorgung der allernothwendigsten Bedürfnisse mit einem Korb in der Hand ausgesandt worden waren. Sie forderte dieselben auf, ihr für ein Geschenk von 10 Pfennigen einen Gefallen zu thun und ihr aus einer näher bezeichneten Wohnung irgend einen Gegenstand herabzubolen. Arglos geben die Kinder dem Frauensimmer ihren Korb, in dem sich in der Regel das von der Mutter mitgegebene Geld eingewickelt befand, zum Aufbewahren und waren nach ihrer Rückkehr nicht wenig erschrocken, daß sie die so gute Frau nirgends mehr erblickten. In einem dieser Fälle waren dem Kinde sogar die Ohrringe geraubt worden, ohne daß dieses etwas davon gemerkt hätte. Die Ohrringe sollten gefraaen gewesen sein, und um sie zu schließen, machte sich die Frauensperson daran zu schaffen. Die Angeklagte suchte ihr Heil im Leugnen, doch wurde sie von über 10 Kindern mehr oder weniger sicher als die Diebin rekonstruirt. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die große Gefährlichkeit dieses Treibens und auf das Professionsmäßige desselben eine 7jährige Zuchthausstrafe. Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagte zu einer Gesamtstrafe von vier Jahren Zuchthaus, 4 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

Eine bemerkenswerthe Privatklage gelangte heute vor der 98. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts I zur Verhandlung. Der Privatkläger Zigarettenhändler Schröder und der Privatbellegte Magistratsbeamter Eichler gehörten bis zum Sommer d. J. als Mitglieder dem „Bezirksklub“ an. Bezüglich des Lebensmandats des Privatklägers waren dem Vorstande des Klubs Mittheilungen bedeutlicher Natur zugegangen, auf welche hier Recherchen angestellt wurden. In einer Vorstandssitzung erstattete ein Mitglied Bericht darüber, der für den Privatkläger nicht sehr günstig lautete. Der in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied anwesende Bellegte wurde nun um seine Meinung angegangen, die er dahin präzisirte, daß er nach dem vorgelegten Sachverhalt den Privatkläger für einen gewöhnlichen „Ludewig“ halten müsse. Als dies der Letztere erfuhr, behauptete er von dem Bellegten, daß derselbe ein Bruder des Gattenmörders Eichler sei, daß er zwei anrühige Schwestern habe und in einem Ehescheidungsprozeß falsche Zeugen gekauft habe. Außerdem strengte er die obige Privatklage an, woraufhin der Bellegte, der gar keine Schwestern hat, wegen der gegen ihn gemachten Auslegungen des Privatklägers die Widerklage erhob. Die statgehabte Beweisaufnahme war bezüglich des ihm gemachten Vorwurfs keine für denselben günstige. Der Gerichtshof erkannte daher, indem er dem Bellegten den Schutz des § 193 des St.-G.-B. zubilligte, auf Freisprechung desselben. Einen gleichen Erfolg hatte aber auch die Widerklage, indem der Gerichtshof den angegriffenen Privatkläger für berechtigt erachtete, sich in der geschehenen Weise zu verteidigen.

Arbeiterbewegung, Vereine und Versammlungen.

Der Bezirksverein der arbeitenden Bevölkerung des Süd-Westens Berlins hielt am Montag Abend im Topischen Vokale eine Versammlung ab. Zunächst theilte der Vorsitzende, Herr Krohm, mit, daß auf eine an den Magistrat wegen der Anlage von Volkshäusern gerichtete Petition der Bescheid eingegangen sei, daß die Stadt mit anderen Ausgaben, die sie für die allernothwendigsten Bauten und Einrichtungen zu leisten habe, so in Anspruch genommen sei, daß sie vorläufig die Petition nicht berücksichtigen könne. Herr Krohm sprach sein Bedauern darüber aus, daß man wiederum andere Dinge einem für die arbeitende Bevölkerung so wichtigen Bedürfnisse vorziehe. Hierauf nahm Stadt. Gördt das Wort zu dem Vortrage: „Der Einfluß der Gemeindeverwaltung auf unser gewerbliches Leben innerhalb der Kommune“. Die Entwicklung des Großbetriebes habe das Klempnergewerbe immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Die Hänfte und Innungen, welche früher für die Gewerke ein gewisses familiäres und freundschaftliches Band zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herstellten, überlebten sich durch die mächtige Entwicklung, überlebten sich durch die Produktionsweise. Diese Verhältnisse bedingten, daß von den Kommunen selbst ein Ausweg gefunden werden mußte, um eine Vermittelung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer anzubahnen. Dies geschah in Berlin durch die Gründung einer Gewerbe-Deputation unter dem Oberbürgermeister Grafsmid im Jahre 1845. Aus den Akten und Protokollen aus jener Zeit ergab sich, daß die Erfolge wegen der Differenzen, welche in dieser Frage obwalteten, sehr geringe waren. Wenn man nun die Geschichte der Gewerbe-Deputationen weiter durablättert, so möchte man sagen, daß die Zusammensetzung derselben für den Arbeitnehmer bis auf den heutigen Tag keine befriedigende gewesen sei. Wenn in diesen Deputationen Arbeitnehmer Bläße gefunden hätten, so wären diese nicht aus dem großen Verbanne der Arbeiterpartei befreit worden, sondern aus den Hirsch-Durckheim'schen Gewerksvereinen, ein Vorgehen, das bei dem ungeheuren divergirenden Zahlenverhältniß dieser Arbeitergruppen durchaus nicht gerechtfertigt erscheint. Und dennoch habe die jüngste Zeit gelehrt, daß die Stadtverordneten-Versammlung trotz der großen Erfolge der Arbeiterpartei bei der Reichstagswahl an ihrem Prinzip festhalte. Der von ihm und seinen Genossen vorgeeschlagene Kandidat für die Gewerbe-Deputation sei von der Versammlung abgelehnt worden. Kein Wunder denn, daß seine Rede, die den Deuten in derden Worten die Wahrheit verstände, von einigen liberalen Kollegen gerade nicht sympathisch aufgenommen worden sei. Jam Schlusß gestellte der Redner das heutige Submissionswesen und führte aus, daß gerade die Gewerbe-Deputation eine Regelung dieser Frage in die Hand nehmen müsse; es müsse auf diese Weise etwas für den kleinen Handwerker nicht nur, sondern auch für den Arbeiter geschehen. Gerade auf Kosten der Letzteren werden die Preise so herabgedrückt, daß der Lieferant sich nur durch Zahlung von Schandlöhnen schadlos halten könne. Alle diese Uebelstände könnten nur beseitigt werden, wenn die Arbeiter bei jeder Wahl ihre Kraft und ihre Macht zeigten. Wenn dies geschähe, dann wird der Einfluß ihrer Vertreter in Zukunft bei allen Fragen, bei welchen über das Wohl und Wehe der Arbeiter entschieden werden soll, endlich durchdringen. Dem Vortrage folgte eine außerordentlich lebhafteste Debatte, an der sich Redner verschiedener Parteien beteiligten.

Eine gut besuchte Schuhmacherversammlung, in welcher Herr Bladot über das Thema „Die Lohnkommission und ihre Ziele“ referirte, tagte am Montag Abend im Louisenstädtischen Konzerthaus. Redner führte aus, daß immer mehr das Arbeitsangebot die Nachfrage überwiegt, deshalb herrsche Ueberfluß an Arbeitern und geringer Lohn, welches Uebel noch durch zu lange Arbeitszeit befördert wird. Auch die Gefährlich- und Maschinenarbeit befördern die Noth im Gewerbe, die Maschine ist nicht, was sie sein soll, Hülfsmittel, sondern Konkurrent des Arbeiters und macht solche in immer größerer Zahl überflüssig. Deshalb müssen wir den gesetzlichen Normalarbeitstag erziehen. Um in etwas die Lohnverhältnisse zu regeln, ist die Lohnkommission gewollt, mit der hiesigen Schuhmachervereinigung und den selbstständigen Schuhmachervereinen wegen Errichtung eines Arbeitsnachweises in Verhandlung zu treten; dasselbe muß sich aber in den Händen der Arbeitnehmer befinden und es müssen bestimmte Lohnsätze festgesetzt werden, und selbstverständlich müssen sich die Arbeitgeber verpflichten, nur von diesem Arbeitsnachweis ihre Arbeiter zu beziehen und es müßte diesen mindestens 18 Mark Verdienst gestiftet

der Diskussion sprach sich Herr Engler energisch für festes Zusammenhalten der Schuhmacher aus, dem heutigen Zustand, wo sich Kapital und Maschine in wenigen Händen befinden, sind die Zustände fast unheilbar. Ein Herr Langheimer, Lehrer und wie er angab, Vorsitzender eines Bürgervereins, brachte die bekannten mit Antisemitismus besetzten Trüben vor; neben großer Schmeichelei für die Arbeiterbestrebungen schimpfte er auf den Handel, speziell Lederhändler, sogar auf die Stepper, die das Fett des Verdienstes abschöpfen, empfahl einen Zoll auf Schuhwaaren und schloß seinen Speech etwa mit „Juden raus!“ — Herr Brill trat ebenfalls für den Normalarbeitstag ein. Baginski forderte die Kleinmeister auf, mit den Arbeitern zu halten, da Beider Interessen die gleichen seien und erstere nur mehr verdienen könnten, wenn der Arbeiter mehr verdiene, der dann mehr einlaufen könne. Nicht bloß das egoistische „Mehr“ sei in unserm Streben enthalten, sondern dieses basire auf dem menschlichen Prinzip, daß alle Menschen gleiches Recht an den geistigen und leiblichen Genüssen der Erde haben. Redner empfiehlt den Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher, der es möglich mache, daß bei Ausbruch eines Streikes die jüngeren Kollegen, mit Mitteln unterstützt, auf die Wanderschaft gehen könnten. Ebenso Herr Stiele, der die traurige Lage des arbeitenden Schuhmachers klarlegt, nur Zentralisation könne helfen. Herr Pappe wendet sich gegen die Innung, mit der ja kaum, ihrer Unreife wegen, eine Verhandlung möglich sei. Redner läßt energisch der Meinung entgegen, als wäre die Einführung des Normalarbeitstages für unser Gewerbe nicht zweckmäßig, und er giebt der Ansicht Raum, daß in nicht zu ferner Zeit dieselbe bei uns festreich, durch das Gesetz eingeführt, seinen Einzug halten wird. Sodann beantwortete Herr Pappe noch eine eingelaufene Frage, ob es für das Handwerk zweckmäßig sei, wenn die Maschinen besteuert würden, dahin, daß dieses für die Arbeiter nicht zweckmäßig sei, denn der Fabrikant bezahle ja bekanntlich niemals Steuer, weil er sie immer in Form von Lohnreduzierungen auf die Arbeiter abwälze und ebenso wird es geschehen bei der Besteuerung von Maschinen. Nachdem noch mitgeteilt worden, daß die Petition an den Reichstag um Einführung des Normalarbeitstages in der nächsten Versammlung vorgelegt und zur Unterzeichnung ausgelegt werden würde und nachdem die Versammlung eine Resolution im Sinne der Lohnkommission gefaßt, schloß dieselbe um Mitternacht.

In der Tischlerversammlung für den S.-O. und E. Berlins, welche am Montag Abend in der Kottbuserstr. 4a („Sandfouci“) tagte und von ca. 500 Tischlern besucht war, referierte Herr Ködel über den Einfluß des Normalarbeitstages der Berliner Tischler auf deren Arbeitslöhne. Im Wesentlichen führte der Redner aus, daß das bekannte Verhalten der Berliner Tischler in Betreff der neun und einhalbstündigen Normalarbeitszeit den erfreulichen Erfolg hatte, den Wert der Arbeit zu erhöhen, da in allen Werkstätten trotz kürzerer Arbeitszeit der Wochenverdienst nicht die unbedeutendste Verringerung erfahren habe. Schließlich erwähnte er zu noch allgemeinerer und ausnahmsloser Einhaltung der Normalarbeitszeit. Daran schloß sich eine lebhaft diskutierte an, bei der es sich um die Nichterhaltung der Normalarbeitszeit in 23, in dieser Versammlung speziell eingeladenen, meist zur Klavierbranche gehörenden Werkstätten handelte. Fast alle Redner aus diesen Werkstätten erkannten die Notwendigkeit und Möglichkeit, die

Maximalarbeitszeit gegenwärtig auch in der Klavierbranche streng zu beachten, entschieden an, einzelne Redner verneinten jedoch die Möglichkeit in Beziehung auf einzelne Werkstätten. Schließlich nahm die Versammlung eine Resolution an, wodurch sie erklärt, daß eine Besserung der Lohnverhältnisse nur durch strenges Einhalten der Normalarbeitszeit zu erreichen sei, und wodurch sie sich verpflichtet, die Lohnbewegung und die Kommission in jeder Hinsicht energisch zu unterstützen. Der Bezirksverein des werktätigen Volkes im 29. bis 31. Kom. Wahlbezirk hielt am Dienstag in Seefeld's Restaurant, Grenadierstr. 33, seine 3. Generalversammlung ab. Der Vorstand des Vereins war nur durch den Kassierer Herrn Franke vertreten, derselbe designierte die Herren Steindorf und Scheffel zu Beisitzern und ersattete hierauf den Kassenerbericht für die Monate August, September, Oktober. Nachdem dem Kassierer auf Antrag des Revisors Herrn Krüger Decharge erteilt worden, ergreift Herr Schulz das Wort und beantragt zum Dienstag, den 16. Dezember eine neue Generalversammlung einzuberufen und neue Vorstandsmitglieder zu wählen; dieser Antrag wird angenommen. Die Herren Engler und Steindorf weisen auf die Wichtigkeit der Bezirksvereine hin und nachdem Herr Schulz die Vereinsmitglieder zur thätigen Beteiligung bei der Nachwahl auffordert, wurde die Versammlung geschlossen.

Provinz Sachsen, 30. November. Aus der zweitgrößten Stadt unserer Provinz, Halle, ist in der letzten Zeit nicht viel Gutes zu melden. Die Arbeitslosigkeit in den Maschinenfabriken ist, wie die „B. Zig.“ meldet, ungemein groß; wohl an 600 Arbeiter sind seit Monatsfrist entlassen worden. Daran ist in der Hauptsache die Krise in der Federindustrie schuld; da die hallischen Maschinenfabriken hauptsächlich sich im Dienste jener Industrie befinden. Aber so wie die Krise in der Federindustrie hauptsächlich durch die Ueberproduktion, hervorgerufen durch die übermäßigen Ausfuhrprämien, entstanden ist, so ist auch die Krise in der Maschinenbau-Industrie durch Ueberproduktion hervorgerufen worden. Noch im vergangenen Sommer wurde nämlich gerade in jenen Fabriken, wo jetzt die meisten Arbeiter-Entlassungen stattfinden, Tag und Nacht gearbeitet. Der Lohn war übrigens immer kein besonderer, so daß die Eisenarbeiter, welche von 6 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends arbeiteten, im Durchschnitt mit 20 Mark abgelohnt wurden. Daß bei diesem Lohne und bei dem enormen Kräfteverbrauch in der langen Arbeitszeit die Arbeiter nichts zurücklegen konnten, läßt sich leicht denken. So herrscht große Noth und sie wird leider längere Zeit andauern. — Die „Hallische Zeitung“, das größte konservative Blatt im Regierungsbezirk Merseburg, welches vor der Stichwahl in kaum glaublicher Weise der Sozialdemokratie schmeichelte, fällt jetzt in fast jeder Nummer, da ihre Schmeicheleien nicht versangen haben, über jene Partei her. Das wäre nun an sich nichts Neues. Aber wenn dies konservative Blatt vor den Wahlen versicherte, daß die Aushebung der Kinderarbeit, die Beschränkung der Frauenarbeit, die Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstages auch Forderungen der konservativen, arbeiterfreundlichen Partei seien, und wenn es jetzt erklärt, daß die sozialistischen Anträge in dieser Richtung hin wenig opportun seien, deren Annahme der Sozialreform verhängnisvoll werden könnte, so sieht man in der That einer nackten Stimmfängererei gegenüber, welche sich die konservative Partei auch besonders in Halle den Arbeitern gegenüber erlaubt hat. Uebrigens wirkt dieses Doppel-

spiel der „Hallischen Zeitung“ auf die Arbeiter in Halle nicht aufläuternd, die nun nimmermehr auf die Lozung: „Täglich Speck!“ in Zukunft hören werden.

Eine allgemeine Versammlung aller Graveurs, Graveure und verwandten Berufsge nossen zur weiteren Wahrnehmung und Unterstützung der aufzustellenden Statuten, an welcher alle Kollegen ohne Ausnahme das lebhafteste Interesse haben, findet am Donnerstag, den 4. Dezember, Abends 8 einhalb Uhr, in Niesl's Salon, Kommandantenstr. 71—72 (an d. Deuthstraße) statt. Die Tagesordnung lautet: 1) Bericht der Kommission vom 17. November. Ref.: Herr Dank. 2) Diskussion über einige Einwände und die weiteren Maßnahmen. 3) Verstärkung der Kommission. 4) Verschiedenes. Es verläume Niemand, der die endliche Aufklärung über die Lebensfragen in seinem Berufe wünscht, pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die vom Arbeiter-Bezirksverein vom 15. und 20. Kommunal-Wahlbezirk zu gestern anberaumte Versammlung ist auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes polizeilich verboten worden.

Herr J. Gutzzeit eröffnet mit dem heutigen Tage eine Reihe von Vorträgen über „die Geistesförderung von der Kirche zur Natur“ mit einem Referat im Louisenstädtischen Kongerthaus, Alte Jakobstr. 37, dessen Inhalt sein wird: a) das natürliche Gefühl und das Ideal, b) der kirchliche Vortragsdienst. — Auch Damen haben Zutritt, und sind besonders willkommen.

Gemeinnütziges.

Hirschhorngeist. Man bezeichnet damit in Wasser aufgelöstes kohlen-saures Ammoniak mit einem brennlichen Oel. Er steigert, innerlich verabreicht, die Gefäß- und Nerven-thätigkeit und wird daher als belebendes Mittel zu 10—20 Tropfen in Wasser gegeben. Als Nahrungsmittel gebraucht man ihn bei Ohnmachten, zu Einreibungen an gelähmten Gliedern u. s. w.

Briefkasten der Redaktion.

K. R. Holzmarktstraße 9. Das muß wohl ein Irrthum Ihrerseits sein. Es sind uns noch niemals Mittheilungen gegangen. Senden Sie dieselben nur regelmäßig und vollständig ein.

L. R. Pädlerstraße 10. Der Ursprung derartiger Bezeichnungen läßt sich überhaupt nicht feststellen, Man nennt solche Ausdrücke „Provinzialismen“. Sie werden wissen, daß man in verschiedenen Gegenden Deutschlands für dieselben Gegenstände sehr verschiedene Benennungen hat. Ad 2 ist die Briefkasten der gestrigen Nummer bereits beantwortet.

D. S. Mariannenstr. Belling ist größer. E. R. Sie sind mit Ihrem Bericht leider zu spät gekommen. Ist es Ihnen nicht möglich, denselben früher einzusenden? Machen Sie uns in Zukunft wenigstens die Mittheilung, daß wir bestimmt auf eine Arbeit von Ihnen rechnen können. Besten Dank.

2 Wetteude 888 und J. E. 22. Im ersten Wahlbezirk 24 253, bei der Stichwahl 24 319.

P. E. 82. Die Abtheilung der freien Hilfskasse für Gärtner sind bei Herrn Abromeit, An der Apostelstraße 2 und F. Melenz, Thiergartenstr. 29.

Theater.

Königliches Opernhaus:

Donnerstag: Carmen.

Königliches Schauspielhaus:

Donnerstag: Graf Eber.

Deutsches Theater:

Donnerstag: Zum 2. Male: Frau Susanne. Schauspiel in 5 Akte v. Paul Lindau und Hugo Lubliner.

Bellealliance-Theater:

Donnerstag: Letztes Gastspiel der königlichen Hof-schauspielerin Franziska Ellenreich. Auf allgemeines Verlangen: Adrienne Lecouvreur.

Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:

Donnerstag: Gasparone.

Central-Theater:

Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Gensl. Auftreten des Fräulein Anna Grünfeld.

Donnerstag: J. 40. M.: Der Wälder-König.

Reichens-Theater:

Donnerstag: Zum 15. Male: Der Klub. Pariser Lebensbild in 3 Akten von E. Gondinet.

Walhalla-Operetten-Theater:

Donnerstag: Gillette.

Louisenstädtisches Theater:

Donnerstag, 4. Dez.: 97. Gesamt-Gastspiel der Uliputaner. Zum 5. Male: Brillen-August. Gr. Pauperpöffe in 5 Akten von E. Emmerich. Nooit!

Ökond-Theater:

Donnerstag u. folgende Tage: Im Lande der Freiheit. Großes Genations-Auffstellungsschauspiel in 9 Bildern von G. v. Gordon. Musik von Th. Franke.

Viktoria-Theater:

Donnerstag: Excelsior.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.

Donnerstag und folgende Tage:

Eine Nacht in Berlin.

Posse mit Gesang in 3 Akten von A. Hopf. Vorher: Großes Konzert, ausgeführt von der aus 20 Musikern bestehenden Theater-Kapelle, unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Ludwig Clausius. Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Gatte und Vater, der Schlosser und Holzleger

Heinr. Trautvetter

nach 14 wöchentlichem, schweren, schrecklich schweren Leiden (in Folge Verschüttung) im Lazarus-Krankenhaus am 1. Dezember verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 4. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus, Bernauerstraße, aus statt.

Die Hinterbliebenen.

Am 1. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Schlosser

Heinrich Trautvetter,

im Alter von 25 Jahren, an den Folgen der Verletzungen, welche er sich durch eine Verschüttung im August d. J. auf dem alten Viehhof zugezogen.

Freude diesem Oper der Arbeit.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. d. M., vom Lazarus-Krankenhaus aus, Nachm. 2 Uhr, statt.

Der Vorstand des

Arb.-Bez.-Ver. der Rosenthaler Vorstadt. 1477

Die Anmeldung zur Ortskranken- und Begräbniskasse der Möbelpolirer ist täglich Abends von halb 8 bis 9 Uhr im Restaurant Wirttag, Andreasstraße 44 und bei E. Reu-meister, Ballhofstraße 34.

1478

Die Delegirten.

Arbeitsmarkt.

Ein j. Mann, gel. Klempner, w. Beschäft. jeder Art. Adr. u. W. W. i. d. Exp. d. Zig. 1460

Schneider auf hübsche Sommerdolmans und Promenaden-Mäntel erhalten bei Vorlegung von Probenarbeit dauernde und lohnende Beschäftigung.

1474

Oberwasserstr. 13 II.

Wichtig für jede Familie!

Der Verfasser der gemeinnützigen Rottgen unseres Blattes, ein früherer Apotheker, wünscht im Januar 1885 ein Kräuter-büchlein, nebst Angabe einer einfachen und billigen Hausapo-theke, herauszugeben und sucht schon jetzt Abonnenten (a 50 Pf.) darauf sub D. N. durch die Exped. d. Bl. 1445

Die Nr. 11 der humoristischen Blätter

„Der wahre Jacob“

ist erschienen und in der Exped. d. „Berl. Volksbl.“ zu haben

Rein seit 1877 bestehendes, als reell bekanntes

Uhrengeschäft

verbunden mit

Reparaturwerkstatt

befindet sich

157 Invalidenstraße 157

zwischen Brunnen- und Ackerstraße, und empfehle dasselbe allen Lesern dieses Blattes.

Max Busse.

1350

Uhrmacher.

Piano's

ganz in Eisenrahm, im runden und vollem Klaverton. 1348 E. Niesch, Oranienstr. 184.

Eine febl. Schlafstelle Pädlerstr. 13 bei Kobl, d. L. 1884

Abfälle

von Tuch, Kammgarn, Tibet, Dama- und Wolle kauft F. Nuednow, Wienerstr. 11. Alle Reparaturen im Schlosserfach werden daselbst angefertigt.

Cigarren

bester Qualität, Rauch-, Rau- und Schmauch-Tabake, Cigarrenspitzen und Schag-Pfeifen großer Auswahl empfiehlt

M. Meyer, Fruchtstraße 36 a im Freischütz.

Neben einer reichen Auswahl hochfeiner Modestoffe zu bekannt billigen Preisen haben wir eine Menge

Kleiderstoffe für den Weihnachts-

Einkauf bedeutend billiger

zum gänzlichen Ausverkauf gestellt und empfehlen

Cheviot Diagonal jaspe		Mtr. 30
Cheviot Warp, glatt und sehr hübsch larrirt.		Mtr. 35 und 40
Lama-Bigogne, warmes gutes Hauskleid,		Mtr. 50
Crépe-Diagonal, glatt in allen Farben		Mtr. 50
Tartan Caro, großes Sortiment geschmackvoller larrirter Stoffe,		Mtr. 40 und 45
Brochirte, sehr hübsche moderne Kleiderstoffe in vorzüglichen griffigen Qualitäten in reichen Farbenfortiments, auch gezeichnetes Weihnachtsgeschenk,		Mtr. nur 60
Rein wollene Tuch-Diagonale, sehr kräftiger platter Stoff,		Mtr. 60
Rein wollene doppelt breite Tuch-Lama's, dekattirt, also nobelfertig zu Morgentöden und Hauskleidern,		Mtr. 1,50
		1,80, 2, 2,25, 2,50
Rein wollene doppelt breite Cachemirs, in allen Farben,		Mtr. 1,50, 1,80, 2, 2,25, 2,50

Schwarze rein wollene Cachemirs,

beste, reellste Qualitäten, Mtr. 1,35, 1,50, 1,80, 2, 2,25, 2,50 M.

1 Partie hochfeine Sommer-Stoffe, Gesellschaftsroben,

Mtr. 40, 50 und 60 Pf., haben mehr als das Doppelte gekostet.

Echten Patensammlet in allen Farben, Mtr. 1,50, 2, 2,50 Mark.

Echte Seidensammlete in allen Farben, Mtr. 3,50, 4 und 4,50 Mark.

Sielmann & Rosenberg,

Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

1 Posten Morgentöde aus rein wollenem Lama, Taile und Kermel mit rothem Flanell gefüttert, 12,50, 15, 18, 21 M.